1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 22 vom 31. Mai 1985 | 19. Jahrgang | 1 DM

Diese Woche

Neues über die Pershings

Auf dem Müll wurde ein Handbuch über die Pershing-II-Raketen gefunden. Ein US-Sergeant hatte es bei Mutlangen einfach weggeworfen. Neben vielen technischen Details sind durch diesen Fund auch noch neue erschrekkende Tatsachen bekanntgeworden.

So sind drei Viertel aller Pershing-II-Raketen ständig mit einem zündbereiten Atomsprengkopf bestückt. Über die Hälfte der aufgestellten Raketen ist schon auf feste Ziele fixiert — die Zieldaten sind im Startcomputer gespeichert. Und vor allem: es gibt mehr Pershings in der BRD als offiziell zugegeben. In der rheinland-pfälzischen Gemeinde Weilerbach lagert die US-Army zusätzliche Pershing-II-Raketen, die die „verbrauchten“ Teile der 108 offiziell stationierten Raketen jederzeit ersetzen können. Diese Raketen unterstehen nicht, wie die 108 anderen der NATO, sondern ausschließlich dem US-Oberkommando.

Dies sind die wichtigsten Neuigkeiten, die aus dem 230 Seiten starken Trainingshandbuch für die Pershing II hervorgehen. Das Buch — vom Pershing-Hersteller Martin Marietta Aerospace Orlando, Florida herausgegeben, erklärt somit auch, wieso die US-Army nicht 108 Pershing in der Fabrik bestellt hat, sondern 258.

Skandal am Rande: der Bürgermeister des kleinen Örtchens Schechingen, wo das Handbuch — nebst einigen scharfen Gewehrpatronen — im Müll gefunden wurde, hat Ärger. Er versuchte dasHandbuch zunächst an die US-Soldaten zurückzugeben — vergeblich. Nachdem er verärgert das Handbuch dem Magazin *„Stern“* weitergereicht hat, hört er von der Kriminalpolizei aus Schwäbisch-Gmünd, daß *„im Auftrag der Staatsanwaltschaft“* ein *„Strafverfahren wegen Beihilfe zum Verrat von Staatsgeheimnissen“* laufe.

Pfingsttreffen der Vertriebenen

Zimmermann auf Revanchekurs

Ob in Düsseldorf bei den Ostpreußen, in Stuttgart bei den Sudetendeutschen oder in Karlsruhe bei den Karpartendeutschen — überall nutzten hochkarätige Politiker der CDU/CSU die Pfingsttreffen der Vertriebenen, um klarzustellen, wovon sie gar nichts halten: von einer Anerkennung der Grenzen und von der „Chance eines Schlußstrichs“ (Weizsäcker) nämlich.

Und wovon halten sie etwas? Was wollen sie? Darauf gab Ottfried Hennig, Berufsostpreuße und Parlamentarischer Staatssekretär im sogenannten innerdeutschen Ministerium die eindeutigste Antwort, als er sagte: „Uns geht es um das ganze Deutschland.“



Was dieses „ganze Deutschland“ sein soll, ist klar — das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937. Was Zimmermann und Hennig in Düsseldorf, Lothar Späth und Franz Neubauer, Arbeitsminister in Bayern und Barbara Schäfer, Sozialministerin in Baden-Württemberg, bei den Karpatendeutschen in Karlsruhe lieber im Unklaren ließen, ist die Frage, wie es denn zu diesem „ganzen Deutschland“ wieder kommen soll.

Friedlich und gewaltfrei, wie immer beteuert wurde?

Niemand, der bestehende Grenzen nicht anerkennt und von Rechtsansprüchen auf das Territorium andrer Staaten spricht, hat friedliche und gewaltfreie Absichten. Wer die „deutsche Frage“ im Sinne der Zimmermann, Dregger und Co. „offenhalten“ will, schürt den kalten Krieg. Nicht zufällig hielten es deshalb auch die Regierungspolitiker, die auf den Vertriebenentreffen sprachen, für angebracht, sich immer wieder von Weizsäckers 8.-Mai-Rede abzugrenzen und „vergaßen“ die Abgrenzung von Transparenten wie „Ostpreußen — deutsches Land“ oder den noch unverhohleneren Äußerungen in verschiedenen Artikeln des „Schlesier“.

Die Pfingsttreffen der Vertriebenen haben in aller Deutlichkeit klargemacht, daß Revanchismus heute keineswegs nur eine Marotte einiger Ewig-Gestriger ist, sondern aktuelle Regierungspolitik. Deshalb tut Protest not.

„Hungerkorb“ für Sozialhilfeempfänger

Bundestag beschließt Mini-Erhöhungen

Der Bundestag beschloß in der letzten Woche Sozialhilfeerhöhungen für alle von insgesamt ca. 8 Prozent und Erhöhungen für Alleinstehende mit Kindern unter sieben Jahren und Menschen über 60 von maximal 20 Prozent. Die SPD hatte ca. 3 Prozent mehr für alle gefordert und außerdem die Gleichbehandlung von NS-Opfern mit den Kriegsopfern. Die Grünen hatten in einem eigenen Gesetzentwurf eine Anhebung der Regelsätze um 30 Prozent gefordert und kritisiert, daß der Bundestag eine Erhöhung der Diäten um 340 DM plane, den Sozialhilfeempfängern aber nur ein paar Mark mehr zugestehen wolle.

Tatsächlich verbergen sich hinter den vom Bundestag beschlossenen prozentualen Erhöhungen lächerlich geringe Beträge. 8 Prozent mehr bedeuten nämlich gerade einmal eine Anhebung der Regelsätze von 356 DM auf 385 DM. Die Erhöhung für Alleinstehende mit kleinen Kindern und Menschen über 60 beläuft sich maximal auf 100 DM bzw. 471 DM insgesamt.

Und es sind immer mehr Menschen, die von diesem „Hungerkorb“, wie der Geschäftsführer des Müttergenesungswerks den Warenkorb, nach dem die Sozialhilfe berechnet wird, nannte, leben müssen. 1984 waren es bereits 2,8 Millionen, eine Million mehr als 1970.

Hauptgrund für die steigende Zahl der Sozialhilfeempfänger ist die Massenarbeitslosigkeit. Nach einer Umfrage, die der Deutsche Städtetag letzte Woche vorlegte, sind im Schnitt 29 Prozent, in einzelnen Regionen sogar 45 Prozent der Sozialhilfeempfänger Arbeitslose. 56 Prozent diese Arbeitslosen sind inzwischen vollständig auf Sozialhilfe angewiesen, 44 Prozent bekommen ergänzende Hilfe vom Sozialamt. 2 Mrd. DM von insgesamt ca. 19 Mrd. haben die Kommunen nach Schätzungen des Deutschen Städtetages an Sozialhilfe für Arbeitslose gezahlt.

Der Städtetag forderte deshalb von der Bundesregierung, die Kürzungen bei den Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit rückgängig zu machen und insbesondere die Unterstützung für Langzeitarbeitslose zu verbessern.

Benzinpreiserhöhungen

Die Konzerne sahnen ab

Alle Jahre wieder: mit Beginn der Ferienzeit und damit der Hauptreisezeit schlagen die Mineralölkonzerne wieder zu. Benzinpreiserhöhungen machen das Autofahren in den letzten Wochen permanent teurer. Normalbenzin kostet weit über 1,40 DM, bei Superkraftstoff wackelt die 1,50 „Schallmauer“.

Rund sieben Pfennig pro Liter beträgt die Erhöhung, die schrittweise in den letzten Tagen und Wochen vorgenommen wurde. Und „Experten“ sind sich sicher, daß damit noch nicht der Höchststand erreicht ist. Das heißt nicht nur für die Urlaubsreise höhere Kosten einplanen — oder eben weniger weit entfernte Ziele ansteuern, sondern diese Erhöhung belastet das Budget jedes einzelnen, der irgendwie auf ein Auto angewiesen ist, täglich. Denn daß die Unternehmer — sofern sie das überhaupt tun — auch Fahrtkostenerstattungen entsprechend den Benzinpreiserhöhungen „dynamisieren“, ist ja wohl ein Wunschtraum. Und auch der steuerlich absetzbare Betrag bleibt „stabil“. So ist denn der Arbeiter und Angestellte wieder mal der Leidtragende dieses Raubzuges der Ölmultis. Gab es früher bei den jährlich im Sommer anstehenden Preiserhöhungen immer noch große Begründungen — von der Energieknappheit bis zum Dollarkurs, von der unübersichtlichen Lage auf dem Rotterdamer Ölmarkt oder gar die Notlage der Konzerne, so halten die Mineralölfirmen das heute nicht mehr für nötig. Es scheint, sie halten es für ihr Gewohnheitsrecht, im Sommer die Preise zu erhöhen. Irgendwoher müssen die Riesengewinne ja auch kommen. **Bei BP z.B. 13 Milliarden Mark im vergangenen Jahr, was eine Steigerung von 33 Prozent gegenüber dem Vorjahr ausmachte. Oder bei Shell: hier ist der Konzerngewinn im vergangenen Jahr um 17 Prozent auf 14 Milliarden Mark angestiegen.**

Nur unsere Preise sind schneller.

Shell.



Eine Fotomontage aus dem Jahr 1979: sie behält leider traurige Gültigkeit

Minderheitenrechtsgesetz (MindRG) im Bundestag eingebracht!

Nachdem seit Monaten daran herumgedoktort wurde, ist es in der letzten Woche von der Wenderegierung im Bundestag eingebracht worden — „Ein Gesetz zur Verstärkung der Minderheitenrechte in den Betrieben und Verwaltungen“, kurz MindRG genannt.

So sind jetzt einige Änderungen am Betriebsverfassungsrecht, am Personalvertretungsrecht sowie die Einrichtung von „Sprecherausschüssen der Leitenden Angestellten“ im Gesetz vorgesehen.

„Besonders gravierende Mängel weist das 1972 umfassend novellierte Betriebsverfassungsgesetz auf: Bei der Besetzung des Betriebsausschusses sowie der weiteren Ausschüsse und bei den Freistellungen kann die Mehrheit im Betriebsrat ihren Willen ohne Rücksicht auf die berechtigten Interessen der Minderheit durchsetzen. Durch den Mißbrauch von Unterschriftenquoren für Wahlvorschläge zu den Betriebsratswahlen sowie infolge einer fehlenden Kontrolle der oft einseitig durch die im Betrieb dominierende Gewerkschaft besetzten Wahlvorstände wird den Minderheiten eine ihrer zahlenmäßigen Stärke entsprechende Repräsentanz im Betriebsrat häufig verwehrt. (...)

Mit der Novellierung der Wahlvorschriften wird das

Fortsetzung auf Seite 5

Programmentwurf veröffentlicht

In der Beilage, die sich diesmal mit der Frage der Einheit der revolutionären Sozialisten befaßt, ist erstmals auch der Programmentwurf veröffentlicht, den das ZK der KPD als Diskussionsgrundlage für das auf dem Sonderparteitag im November zu verabschiedende neue Programm der KPD verabschiedet hat.

Der Entwurf wird seit ca. zwei Monaten in der Partei diskutiert. (Zur Parteidiskussion über den Programmentwurf s. RM Nr. 20 / Bericht über das Plenum des ZK von Mitte Mai) Es ist klar, daß es von diesem Entwurf bis zum „fertigen" Programm noch ein ziemliches Stück Weg ist. Es wird zu zahlreichen Abschnitten Abänderungsanträge geben und erst nach dem Sonderparteitag im November wird feststehen, wie das neue Programm der KPD im einzelnen aussieht.

Trotzdem halten wir eine Veröffentlichung zum jetzigen Zeitpunkt für sinnvoll und nützlich. Erstens weil wir meinen, daß die — hoffentlich — über den Programmentwurf entstehende öffentliche Debatte unter den revolutionären Sozialisten für die Partei auf jeden Fall lehrreich sein wird. Zweitens weil wir hoffen, mit dem Programmentwurf einen positiven Beitrag zur weiteren Debatte um die Einheit der revolutionären Sozialisten leisten zu können. Positiv in dem Sinn, daß sich die Debatten um die Einheit der revolutionären Sozialisten stärker zu einer Debatte um die grundsätzlichen programmatischen Vorstellungen der einzelnen Organisationen und Gruppierungen entwickelt; positiv auch in dem Sinne, daß tatsächlich ernsthaft begonnen wird zu prüfen, ob die Existenz verschiedener marxistischer Organisationen vom Standpunkt der marxistischen Programmatik her zwingend ist oder nicht.

Wir hoffen, daß der Programmentwurf dazu beiträgt, diese von uns gewünschte Debatte zu intensivieren. Wir bitten aber ausdrücklich auch um kritische Anmerkungen zu Einzelfragen des Entwurfs. Für die öffentliche Diskussion um den Programmentwurf steht selbstverständlich im Roten Morgen Platz zur Verfügung. Es sind aber natürlich auch andere Formen der Diskussion denkbar (z.B. Diskussionsveranstaltungen).

Der Programmentwurf ist ab sofort beim Verlag RM kostenlos erhältlich!

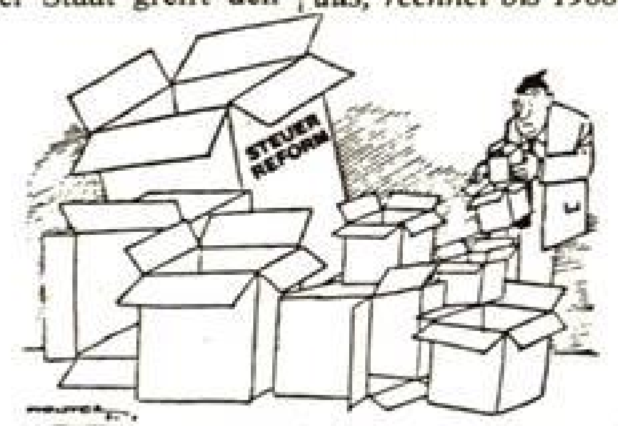
Das „Steuerentlastungspaket"

Neuer Griff in die Taschen der Arbeiter

Im Bundestag wurde vor Pfingsten das sogenannte Steuerentlastungspaket verabschiedet. Unabhängig vom Streit zwischen CDU-Finanzminister Stoltenberg einerseits und der CSU und FDP auf der anderen Seite muß man festhalten, daß mit diesem „Reformpaket", daß unter der beliebten Bonner Devise steht: Leistung muß sich wieder lohnen — kein Schritt in Richtung Steuergerechtigkeit oder auch nur spürbarer Entlastung der Arbeitnehmersteuern gegangen wird. Im Gegenteil, dies Gesetz schafft wieder Reichtum für die Reichen.

Um die einzelnen Maßnahmen bewerten zu können, ist zunächst einmal festzustellen, daß der entscheidende Teil des gesamten Steueraufkommens in der BRD die Lohnsteuern sind. Im Zeitraum von 1960 bis 1984 hat sich ihr Anteil von früher 12 Prozent fast verdreifacht. In den Jahren 1980 bis 1984 ist die Hälfte des gesamten Steuerzuwachses auf den Anstieg von Lohnsteuerzahlungen zurückzuführen. Die durchschnittliche Belastung der Löhne und Gehälter mit Steuern ist von 6 Prozent 1960 auf 17,2 Prozent 1984 angestiegen. Parallel dazu ist die Besteuerung von Unternehmergewinnen und Vermögen kontinuierlich gefallen. Allein der Anteil der Einkommenssteuer am Steueraufkommen ist von seinem Anteil 1960 13 Prozent auf fast die Hälfte, nämlich 6,8 Prozent im Jahre 1984 gefallen. Ein weiteres hieb- und stichfestes Indiz für die permanente Begünstigung der Reichen sind die folgenden Zahlen. Wie in den letzten Jahren stiegen auch 1984 die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit 10,5 Prozent stärker als die entsprechenden Bruttoeinkommen, die um 9,5 Prozent stiegen. Es bleibt den Reichen also mehr. Anders bei den Lohnsteuerzahlern. Hier sind die Bruttoeinkommen nach einer Rechnung des Ifo-Institutes zwar um 2,6 Prozent gestiegen, netto ist die Steigerung nach Abzug der Abgaben aber nur noch 1,6 Prozent. Sozialwissenschaftler haben errechnet, daß mit dieser Politik in dem Zeitraum von 1982 bis heute der Unternehmerbereich um 5,4 Milliarden Mark entlastet wurde, die privaten Haushalte — und hier eben vor allem die Bezieher der unteren und mittleren Einkommen — mit 7,9 Milliarden Mark mehr zur Kasse gebeten wurden.

Ganz deutlich ist also der Trend: der Staat greift den



kleinen Leuten immer tiefer in die Taschen. Und vor allem steht den wachsenden Abgabeleistungen der abhängig Beschäftigten ein umfassender Sozialabbau gegenüber und man kann eindeutig eine verstärkte Ausgabepolitik des Staates zur Finanzierung „gewinnwirtschaftlicher Rahmenbedingungen" feststellen sowie laufend erhöhte Rüstungsausgaben.

Vor diesem Hintergrund ist die Bonner Wenderegierung nun mit einem „Steuerentlastungspaket" angetreten. Insgesamt soll es Steuererleichterungen von 19,4 Milliarden geben, davon soll der Bund rund 8, die Länder und Gemeinden rund 11 Milliarden tragen. Diese Maßnahmen sollen in zwei Stufen durchgeführt werden. Was dabei konkret herauskommt, hat der Bremer Ökonomie-Professor Hickel bei einem Hearing zum „Steuersenkungsgesetz" vorgerechnet: Wir zitieren aus seiner Stellungnahme: *„Geht man von dem derzeitigen durchschnittlichen Bruttolohnbzw. -gehalt je Beschäftigten aus, rechnet bis 1988 mit einem jährlichen Wachstum von 4 Prozent und unterstellt für den Arbeitnehmerhaushalt eine allgemeine Abzugsquote von 25 Prozent (Arbeitnehmer-Weihnachtsfreibeträge, Pauschsätze etc.) dann hat ein verheirateter Alleinverdiener ohne Kinder (Steuerklasse III) ab 1986 mit einer monatlichen Entlastung von ca. 12 DM zu rechnen. Die geplante Progressionsabflachung ab 1988 bringt ihm keine weiteren Entlastungen. Falls zwei Kinder in der Familie sind, ist 1986 mit einer steuerlichen Entlastung von 75,30 DM zu rechnen. Aber auch in diesem Fall sind mit der Realisierung der zweiten Stufe des „Steuerentlastungsgesetzes" keine weiteren Steuersenkungen verbunden. Demgegenüber werden einem Ehepaar mit zwei Kindern bei einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 300000 DM ab 1986 monatlich 402 DM und ab 1988 insgesamt 746,83 DM geschenkt. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Möglichkeiten zur Verringerung des zu versteuernden Einkommens (Abzugsquote etwa für die Beteiligung an Verlustzuweisungsgesellschaften, Erwerbermodelle und Berlinförderung etwa) in diesen Einkommensbereichen günstiger ausfallen".*

Selbst bei den optimistischen Voraussetzungen dieser Rechnung wird deutlich, wessen Steuer hier entlastet wird, wer Geld an diesem „Paket" verdient. Es sind die die schon reich sind. Sie werden reicher. Oder im Steuerdeutsch: Die Aufteilung der Entlastungsvorteile nimmt real und nominal mit steigendem zu versteuerndem Einkommen zu.

In dieser Steuerreform werden auch die Grundfreibeträge angehoben. Aber so minimal, daß sie nicht einmal den realen Kaufkraftverlust diese Summe gegenüber 1981 aufwiegen. Eine entscheidende Ausweitung des Grundfreibetrages könnte für die Masse der Lohnsteuerzahler echte Entlastung bringen — daran aber ist offensichtlich nicht gedacht.

Um dieses Steuersenkungsgesetz gibt es natürlich auch noch einen Koalitionsstreit. Hier stehen die Länder — mit Ausnahme Bayerns auf Seiten der CDU und des Finanzministers Stoltenberg. Er will dieses Steuerpaket in zwei Schritten 1986 und 1988 wirksam werden lassen. Den Ländern geht es dabei vor allem darum, den Verlust an Steueraufkommen zu „strecken", über einen längeren Zeitraum zu verteilen. CSU und FDP wollen aber immer noch nicht eine baldige Novellierung des Gesetzes ausschließen, die die Steuersenkung sofort ganz in Kraft treten ließe. Das wäre natürlich mehr im Unternehmerinteresse. Noch gibt es Widerstände gegen diesen Plan, aber bestimmt hat man in Bonn schon Pläne vorbereitet, wo beim kleinen Mann die Milliarden Mark eingespart werden können, die vor allem den Reichen als Steuererleichterung gewährt wurden.

Zahlen und Daten aus der Stellungnahme des Prof. Hickel bei der Anhörung zum Steuersenkungsgesetz. Nach FR vom 28.5.85.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen. Tel.: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

1:0 für Zimmermann?

„Mangelnder Unterstützung" hatte Zimmermann den „Herrn Amtsträger Kohl" (Strauß) angeklagt. Kohl hatte dementieren lassen. Aber gleichzeitig wurde in aller Eile für letzten Freitag ein Treffen zwischen Kanzleramtsminister Schäuble, dem Chef der bayrischen Staatskanzlei, Stoiber und dem Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Kinkel anberaumt. Themen des Treffens: der Entwurf für ein neues Ausländergesetz, der nach Zimmermanns Angaben bereits seit vier Monaten fertig in der Schublade liegt, die Pläne zur Verschärfung des Asylrechts und des Demonstrationsrechts.

Trotz des Dementis von Kohl hat also offenbar die ultimative Drohung von Zimmermann, er wolle binnen eines Monats Klarheit haben, doch ihre Wirkung nicht verfehlt. Dafür spricht auch, daß die drei Herren nach vierstündigem Gespräch, über dessen Inhalt nichts verlautete, einen weiteren Gesprächstermin vereinbarten. Wenn es nichts neu auszuhandeln gibt, wie die FDP zunächst auf die Vorwürfe Zimmermanns hin erklärt hatte, warum dann gleich zwei Verhandlungstermine?

Möglicherweise hofft die CDU, den für den Fall einer erneuten Wahlniederlage in Niedersachsen sogar mit dem Auszug der CSU-Minister drohenden Koalitionspartner aus Bayern mit solcher Art Geschenken zumindest vorübergehend ruhig stellen zu können. Und die FDP ist schließlich dafür bekannt, daß auf sie kein Verlaß ist. Von daher scheint es keineswegs ausgeschlossen, daß es zumindest mit der Ausländer- und Asylrechtsverschärfung tatsächlich noch vor der Sommerpause Ernst wird.

„Eisern fortführen"

Daß der Aufschwung der Profite die Arbeitslosenzahlen noch in die Höhe klettern ließ, hat die Führungen der Bonner Wendeparteien nie sonderlich beeindruckt. Daß der Aufschwung aber, wie nach dem Wahl-Debakel in NRW befürchtet, mit einem Abschwung in der Wählergunst verbunden sein könnte, führt doch zu erheblicher Beunruhigung.

Da ist die Versuchung verständlich, irgendetwas Wählerwirksames in Sachen Beschäftigung zu tun. Gegen derartige Stimmungen meldeten sich vergangene Woche unmißverständlich die Auftraggeber der Wende zu Wort.

Joachim Langmann, Präsident des BDI, wandte sich gegen „Ausgabenprogramme alten Stils", aber für eine Politik möglichst stetiger Investitionsausgaben des Staates.

Günter Herion, Präsident des Hauptverbandes der deutschen Bauindustrie, befand: gefragt seien nicht kurzfristiger Aktionismus oder staatliche Finanzierungsprogramme.

Otto Wolf von Amerongen, der unvermeidliche Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, warnte vor einer „Rolle rückwärts" in der Etat-Politik und forderte Finanzminister Stoltenberg auf, seinen „Konsolidierungskurs eisern fortzuführen".

Die Bonner Koalitionsbeschlüsse liegen bislang durchaus auf dieser Linie. Viele meinen, dieser Herr Kohl wisse wirklich zu wenig. Immerhin weiß er, wer die Richtlinien der Politik bestimmt — in diesem unserem Land.

Eilig!

Das Hinterbliebenengesetz soll noch vor der Sommerpause im Bundestag durchgepeitscht werden!

Jedenfalls nach Vorstellungen der Wendeparteien — dazu haben sie u.a. drei Sondersitzungen des Ausschusses für Arbeit und Soziales im Juni einberufen

Hintergrund ist zweierlei: Einmal muß etwa 1/2 Jahr vor Inkrafttreten des Gesetzes die Sache auf den Markt, damit die Rentenversicherungsträger sich damit befassen können und die Änderungen in die Rechnerprogramme eingegeben werden können.

Zum zweiten will die Wenderegierung damit offensichtlich auch das Thema Renten aus der Debatte bringen — nach ihren und der Rentenversicherungsträger Angaben wäre dann bis 1988/89 die Finanzierung der Renten kein Thema mehr — jedenfalls nicht für grundlegende Änderungen, da durch die im April beschlossenen Erhöhungen des Krankenkassenbeitrags, bis zum 1.7.86 vorprogrammiert, die Finanzen ausgeglichen wären.

Zur inhaltlichen Seite des Entwurfs: Hier geht es um die Frage, wie weit Witwer ebenfalls Renten aus den ursprünglichen Ansprüchen ihrer Frauen erhalten — als Kernpunkt, der sich aus einem Bundesverfassungsgerichtsurteil von 75 ergibt.

Interessant sind die Fronten: Blüm, Wendeparteien und DGB gegen SPD und Unternehmerverbände. Die weiteren Debatten im Ausschuß dürften noch einmal interessant werden.

Zivilschutz — innenpolitische Kriegsvorbereitung

Seit Juni 84 liegt der „Vorläufige Referentenentwurf eines Zivilschutzgesetzes" (EZSG) vor. Innenminister Zimmermann, der nach der NRW-Wahlschlappe die angekündigte Wende beim Demonstrationsstrafrecht und in der Ausländerpolitik forcieren will, möchte diesen Entwurf noch in dieser Legislaturperiode im Bundestag einbringen.

Zivilschutz hat in Deutschland eine längere Tradition. Bei Hitler hieß das Ganze „Luftschutz". In den Anfangsjahren dieser Republik sprach man erstaunlich offen von „ziviler Notstandsplanung", um sich dann auf das eher unverfängliche „Zivilschutz" zu einigen, bei dem jeder gleich an Freiwillige Feuerwehr, Aktentasche und Alufolie denkt. Was hat Zimmermann vor?

Zunächst geht es ihm um eine gesetzliche Bündelung der zivilschutzrechtlichen Bestimmungen in einem einheitlichen Zivilschutzgesetz. Heutzutage sind diese Bestimmungen z.T. in etlichen Landesgesetzen verstreut. Die Kompetenzen für den Zivilschutz sollen auch stärker beim Bundesministerium des Inneren gebündelt werden. Hinzukommen sollen folgende Zimmermannsche Neuerungen:

- eine Schutzraumpflicht für den Neubau von Wohngebäuden (§ 9 EZSG)
- Maßnahmen im Gesundheitswesen (§ 26-32 EZSG)
- Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht im Zivilschutz (§§ 33-42 EZSG)

Im einzelnen:

Die Schutzraumbaupflicht soll für alle Wohnungsneubauten eingeführt werden. Zimmermann denkt dabei allerdings zunächst nur an einen „baulichen Grundschutz" (d.h. Schutz gegen herabfallende Gebäudetrümmer und Brandeinwirkungen), denn „die Bundesregierung geht vielmehr davon aus, daß ein Krieg in Europa mit konventionellen Waffen geführt wird." (Schreiben des Bundesministers des Innern an die SPD-Bundestagsfraktion v. 13.11. 84, S. 7). Diese Schutzräume — die Bundesregierung geht von sonderbaren 400 DM pro Schutzplatz aus — sollen so angelegt sein, daß sie auf ABC-Schutz umgerüstet werden können. Ein ABC-Schutzplatz soll laut Zimmermann 5000 kosten — eine Summe, die in Expertenkreisen als geradezu lächerlich angesehen wird; das ergibt bei einem jetzigen Bestand an Schutzraumplätzen für gerade 3,6 Prozent der Bevölkerung einen Finanzierungsbedarf von 300 Mrd. In Zimmermanns Entwurf findet sich aber nirgendwo ein Hinweis darauf, daß die Bundesregierung daran denkt, 300 Mrd. DM für ein solches Projekt auszugeben. Sie hat sie ja auch gar nicht.

Bei den geplanten „Maßnahmen im Gesundheitswesen" geht es vor allem um die Einführung der Dinge, die 1982 mittels eines „Gesundheitssicherstellungsgesetzes" am Protest von Ärzten, Krankenpflegern und -schwestern gescheitert sind. Laut § 26 EZSG werden alle Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Krankenschwestern, Krankenhäuser und Sanatorien zwangsverpflichtet. Mit dieser Verpflichtung ist u.a. auch die Pflicht zu sogenannten Triage verbunden, einer Selektionstechnik, die Verletzte in „leicht Verwundete", „schwer Verwundete" und „hoffnungslose Fälle", die man sowieso sterben läßt, sortiert. Eine Pflicht, die der ärztlichen Berufsethik von vornherein widerspricht. Neben der Zwangsverpflichtung des Gesundheitspersonals sieht das EZSG eine exakte personelle und materielle Bedarfspaltung, die Einrichtung von Hilfslazaretten und Kapazitätserweiterungen von Krankenhäusern für den Massenanfall von Verletzten vor. Selbstverständlich hat der christlich-soziale Bundesminister des Innern auch daran gedacht, genügend Mull anzuschaffen, dessen „sach- und fachgerechte Lagerung" im Auftrag des BMI in die verantwortungsvollen Hände der Länder und Gemeinden gelegt wird.

Zur Einführung der **„allgemeinen Dienstpflicht"** schreibt SPD-MdB Rudolf Schöfberger:

„Grundsätzlich baut der Zivildienst auch künftig auf freiwillige Helfer (§ 33 EZSG). Im Spannungs- und Verteidigungsfall sollen jedoch auch zwangsweise Helfer herangezogen werden (§ 38 EZSG) und zwar „Männer, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und nicht zum Wehrdienst herangezogen werden." Die Heranziehung erfolgt durch schriftlichen Bescheid. In dringenden Fällen kann sie mündlich, fernmündlich oder durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen. Heranziehungsbehörden sollen kreisfreie Städte und Landkreise sein. (§ 28, 1 EZSG).

Wer sich weigert, wird polizeilich vorgeführt oder zugeführt (§ 38, 4 EZSG). Wer einer dienstliche Anordnung nicht befolgt oder wer eigenmächtig länger als drei Tage den Dienst verläßt oder ihm fernbleibt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft. Wer sich dauernd oder für den Verteidigungsfall dem Zivildienst entzieht oder dies auch nur versucht, erhält bis zu 5 Jahren (§ 51 EZSG). Marinerichter Filbinger läßt grüßen. Beamte und Ruhestandsbeamte bis zum 68. Lebensjahr können in besonderer Weise dienstverpflichtet werden. Der Volkssturm läßt durch die Hintertür grüßen." (Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/84, S. 1184).

Soweit grob die Hauptpunkte des Zivilschutzgesetzentwurfes. Wie ist er zu bewerten?

Zunächst: einen tatsächlichen Schutz der Bevölkerung sieht das Gesetz gar nicht vor.

Die von Zimmermann veranschlagten 400 DM pro Person im „Grundschutz" nehmen sich nicht wesentlich anders aus als die ohnehin vom „Bundesverband für den Selbstschutz" empfohlenen Brecheisen, Folien, Fuchsschwänze und Klappspaten. Selbst wenn die verharmlosende Unterstellung der Bundesregierung, daß ein Krieg in Mitteleuropa konventionell geführt wird, zutreffend wäre, würden diese Maßnahmen keinerlei Schutz bedeuten. Heutige hochentwickelte konventionelle Munition hat die Zerstörungskraft der Atombombe von Hiroshima. Bekanntlich starben durch die Detonation einer einzigen Bombe Zehntausende von Menschen auf einen Schlag. Selbst nach den beschönigenden Berechnungen der Bundesregierung würde eine ABC-Schutzraumversorgung der Bevölkerung mindestens 300 MRD DM kosten. Eine Summe, die die heutigen herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse vorausgesetzt — nur durch eine beispiellose Zusammenstreichung sämtlicher Sozialetats aufgebracht werden könnte. Vor allem aber: Zivilschutz gegen die Auswirkungen eines Atomkrieges erscheint uns heute sinnlos. Die Detonation einer einzigen Megatonnen-Bombe über dem Ruhrgebiet würde nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation den sofortigen Tod von 1,8 Millionen Menschen bedeuten. Schon der Einsatz von 30 Prozent der von NATO und WVO aufgetürmten Nuklearsenale würde nicht nur zur Zerstrahlung von Milliarden Menschen, sondern auch zu einem nuklearen Winter auf der nördlichen und südlichen Hemisphäre führen. Die Überlebenden aus Zimmermanns ABC-Schutzräumen wüßten nicht, wovon sie dann leben sollten.



Dann: Das Zivilschutzrecht ist Notstandsrecht durch die Hintertür.

Die Schutzraumbaupflicht, schon in dem Schutzraumbaugesetz von 1965 vorgesehen, wurde wegen des breiten Kampfes gegen die Notstandsgesetze nie verwirklicht. Zimmermann verhilft ihr zu neuem Leben. Auch die allgemeine Dienstpflicht konnte durch den Kampf gegen die NS-Gesetze verhindert werden. Das Zivilschutzgesetz soll sie jetzt einführen. Überdies soll es verhindert werden, daß Beamte im „Spannungsfall" einfach ihren Dienst quittieren. „Es wird deshalb vorgesehen, daß Beamte im Spannungs- und Verteidigungsfall nicht vor Vollendung des 65. Lebensjahres entlassen zu werden brauchen, daß sie erforderlichenfalls nichtlaufbahngerechte Aufgaben übernehmen müssen, zu anderen Dienstherren abgeordnet werden können und zur Gemeinschaftsunterkunft und -verpflegung verpflichtet sind." (S. 11, Schreiben des BMI an die SPD-Fraktion).

Die Zivilschutzgesetzgebung stellt sich somit als eine Abrundung und Verschärfung der Notstandsverfassung dar, des legalen Instrumentariums zur Errichtung einer faschistischen Diktatur.

Schließlich: Zivilschutz ist psychologische Kriegsvorbereitung.

Die heutigen NATO-Doktrinen und Militärplanungen gehen davon aus, aus der atomaren Sackgasse herauszukommen und den Krieg wieder führbar, kalkulierbar und gewinnbar zu machen, nicht zuletzt, um weltweit das Erpressungspotential der NATO-Länder und ihre Manövrierfähigkeit zu erhöhen. Der Zivilschutz ist das „zivile" Gegenstück zu diesen Doktrinen.

Das Bundesministerium des Innern schreibt dazu:

„Der Zivilschutz ist aber auch unverzichtbar für die militärische Verteidigung. Ohne wirksamen Schutz der Bevölkerung können die Streitkräfte in unserem Land nicht operieren, können sie nicht ihren militärischen Verteidigungsauftrag erfüllen. Im übrigen ist es für die Soldaten von großer Bedeutung, ihre Angehörigen geschützt zu wissen. Zur Verteidigungsfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft im Frieden gehört daher auch der Zivilschutz. Ohne Zivilschutz sind Verteidigungsfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft nicht glaubhaft. In unserer Zeit erlangen politisch-militärische Krisen, Versorgungs- und andere Krisen aufgrund politischer und wirtschaftlicher Pressionen zunehmende Bedeutung. Es sind Krisen unterhalb des bewaffneten Konflikts. Derartige Krisen können nur dann bewältigt werden, wenn die Regierung einen ausreichenden, glaubhaften Handlungsspielraum besitzt. Dazu gehört auch die Vorsorge für den Schutz der Bevölkerung getroffen ist. Zivilschutz ist ein wichtiges Element für die Krisenbewältigung." („Zivilschutz heute", BMI, 11/83, S. 7).

Zimmermann geht es also nur vorgeblich um den Schutz der Bevölkerung. Zivilschutz soll „den Russen" glaubhafter machen, daß man jederzeit zuschlagen kann, und er soll der Bevölkerung einen nuklearen Krieg denkbar, kontrollierbar und gewinnbar erscheinen lassen. So soll der Zivilschutz die gesellschaftliche Akzeptierung der weiteren Aufrüstung, der Stationierung von Massenvernichtungswaffen erhöhen und die „Friedenshysteriker", die sowieso von Moskau gesteuert oder bestenfalls dessen nützliche Idioten sind, in der Bevölkerung isolieren.

Bunkerbau heißt Kriegsvorbereitung

Bis vor einigen Jahren war eine der häufig erhobenen Forderungen unserer Partei im Friedenskampf die nach „ausreichendem Bau von atomsicheren Bunkern für die Bevölkerung". Eine Losung, die heute nicht mehr in unseren Veröffentlichungen auftraucht, von der wir uns aber nie „offiziell" verabschiedet haben. Diese Losung unterstellt a) daß es einen Schutz der Bevölkerung (ausreichend!?) vor den Folgen eines Atomkrieges geben kann und b) daß es wohl einigermaßen realistische Überlebenschancen für einen größeren Teil der Bevölkerung gibt, wenn nur genügend ABC-Schutzräume gebaut werden. Eine Annahme, die uns heute angesichts besserer Kenntnisse über die Szenarien eines künftigen Krieges und die Folgen eines nuklearen Schlagabtausches wenig realistisch erscheint. Zum zweiten war unsereresits die Konfrontation der Herrschenden mit dieser Forderung aber auch darauf berechnet, zu zeigen, daß es ihnen keineswegs — wie immer versichert und mehrheitlich in der Bevölkerung akzeptiert — um Verteidigung geht (denn das würde ja zunächst einmal und vor allem Schutz der Zivilbevölkerung bedeuten), sondern um die Vorbereitung eines Angriffskrieges.

Diese taktische Überlegung sieht sich aber heute mit der Tatsache konfrontiert, daß die Bourgeoisie der BRD selbst den „Zivilschutz" propagiert, um ihre Angriffskriegsoptionen innenpolitisch abzusichern. Angesichts einer solchen Situation erscheint uns die Forderung nach „ausreichendem Bau von atomsicheren Bunkern" doch reichlich daneben zu liegen. Daß sie nichts mit dem regierungsamtlichen Zivilschutz zu tun hat, läßt sich in der Massendiskussion wohl kaum differenziert genug begreiflich machen. Die Verhältnisse sind eindeutig: Bunkerbau, Zivilschutz, allgemeine Dienstpflicht bedeuten Kriegsvorbereitung. Und genauso eindeutig müssen sie von der Partei bekämpft werden. Vor Ort werden sich dabei viele Aktionslinien für die Genossinnen und Genossen ergeben, etwa bei Bunkerrenovierungen, gegen die Zwangsverpflichtung von Gesundheitspersonal, bei Lehrern, die unter die erweiterte Beamtenverpflichtung (s.o.) fallen.

Ein erhöhter Schutz der Bevölkerung läßt sich nur durch radikale friedenspolitische Schritte erreichen: durch eine drastische, einseitige Senkung des Wehretats, durch einen Stopp der Stationierung und mit Sicherheit durch den Austritt der BRD aus der NATO.

In diesen Auseinandersetzungen wird es uns allerdings auch weiterhin darum gehen müssen, Parolen wie „Den nächsten Krieg gewinnt der Tod" entgegenzutreten, soweit sie die keineswegs irrationalen, sondern vom Profitinteresse geprägten politischen Beweggründe der Bourgeoisie für die herrschende aggressive Militärpolitik verschütten und die Friedensbewegung so unfähig machen, gegen bestimmte politische Gegner zu kämpfen, und soweit sie auch ein gemeinsames, klassenübergreifendes Interesse aller Menschen der BRD am „Überleben" unterstellen. Einem solch hilflosen Pazifismus bleibt nur der Appell an die schon oft vergeblich bemühte Vernunft der Herrschenden.

Wir aber haben als Marxisten auch keiner Grund, die furchtbaren Folgen eines möglichen kommenden Krieges „kühl-analytisch-marxistisch" zu verniedlichen. Es wäre schon wirklich besser, wenn die Revolution dem nächsten Krieg zuvorkommt und den ganzen imperialistischen Spuk ein Ende bereitet.

Gemeinsame Belegschaftsversammlung Hanauer Atombetriebe

Rappe als Volksverhetzer

Hermann Rappe, Vorsitzender der IG Chemie - Papier - Keramik, verwandelte eine gemeinsame Belegschaftsversammlung aller Hanauer Nuklearfirmen in eine Hetzveranstaltung gegen die Grünen und Bestrebungen in der SPD nach einem schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie. Angeblich ging es dabei um Arbeitsplätze. Tatsächlich machte sich Rappe — wieder einmal, muß man sagen — zum rückhaltlosen Fürsprecher der Atomindustrie.

Anlaß der gemeinsamen Belegschaftsversammlung von NUKEM, ALKEM und RBU war die vom hessischen Wirtschaftsminister Steger (SPD) verfügte Teilstillegung gegen die Reaktor-Brennelement-Union (RBU) wegen Verstöße gegen das Genehmigungsverfahren. Durch die Verfügung sind direkt ganze sechs Arbeitsplätze betroffen. Daß RBU die Genehmigungsvorschriften umgangen hat, ist ernsthaft kaum umstritten. Daß Stegers Verfügung so etwas wie einen Einstieg in den Ausstieg aus der Kernenergie bedeutet, ist deshalb — leider — unwahr. Das Szenario eignet sich aber, um umfassend die Arbeitsplatzangst der Beschäftigten der Atombetriebe zu schüren, zumal aus Bayern unverhohlene Standortangebote für die Hanauer Atombetriebe eintrudeln, wobei der Hinweis auf die freundlichen politischen Rahmenbedingungen nicht fehlt.

Insgesamt 2300 Mitarbeiter sind in den Hanauer Atombetrieben beschäftigt. Hauptgesellschafter der Firmen sind Siemens über KWU und Degussa (Großaktionäre Henkel, Dresdner Bank, Münchner Rückversicherung). Gut 1000 Beschäftigte nahmen an der gemeinsamen Belegschaftsversammlung teil. Hermann Rappe, als Hauptredner geladen, nutzte seinen Auftritt zu einem Rundumschlag gegen ein „rot-grünes" Bündnis in Hessen. Die Grünen griff er wegen „forcierter Ausstiegermentalität" an.

Rappe behauptete weiter, die Erfüllung der Forderung nach sofortiger Stillegung aller Atomanlagen würde zu einem „gesamtwirtschaftlichen Chaos" führen. Rappe bezeichnete die Atomtechnologie als „wesentlichen Bestandteil einer zukunftsorientierten Industriepolitik". Die Hanauer Nuklearbetriebe sind laut Rappe mit ihrem „in aller Welt anerkannten Know-how" ein „gutes Beispiel für die Innovationskraft der bundesdeutschen Industrie". Um die „wachsende Technikangst abzubauen", müßten die Betreiber, laut Rappe, „alles tun, um die Akzeptanz fortschrittlicher Energiekonzepte in der Bevölkerung zu erhöhen". Nur in diesem Zusammenhang, weil dadurch die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht erhöht wird, kritisierte Rappe die Unternehmensleitung wegen der „Negativschlagzeilen wegen der Überschreitung der zulässigen Plutoniummenge und der unerlaubten Assemblierung hoch angereicherten Urans".

Rappe: „Einem möglichen neuen Bündnis mit den Grünen dürfen die Arbeitsplätze in Hanau nicht geopfert werden."

Eher noch mehr Beifall als Rappe erhielt der Sprecher der Geschäftsleitungen von NUKEM, ALKEM und RBU, der CDU-Bundestagsabgeordnete Warrikoff für seine Angriffe auf die hessische Landesregierung wegen deren Atompolitik.

Dagegen konnte die Sozialdemokratin Sabine Rowe von der hessischen Landesanstalt für Umwelt kaum die Beschlüsse des Bezirksparteitages der südhessischen SPD erläutern. Der Bezirksparteitag hatte sich für eine Abkehr von der Brütertechnik und einen langfristigen Ausstieg aus der Kernenergie ausgesprochen. Der „taz"-Bericht vermeldet „Buhgebrüll" und Zwischenrufe wie „Jetzt gibts Hackfleisch" und „Die wird auch gleich endgelagert". Der sozialdemokratische NUKEM-Betriebsrat Wietoska soll Sabine Rowwe nachgerufen haben, wenn sie ihre Ansichten so nachdrücklich vertreten hätte wie auf dem Bezirksparteitag, „wäre sie hier nicht lebend rausgekommen".

Diese Vorfälle in der Hanauer Degussa-Kantine sind ein Grund mehr, gegen die Politik von Gewerkschaftsführungen wie die der IG Chemie oder der IG Bergbau & Energie (Buschhaus!) anzugehen, die die Arbeitsplatzängste der Belegschaften ausschließlich dann schüren, wenn es darum geht, eine reaktionäre Mobilisierung zur Bekämpfung von Widerständen gegen eindeutig finanzkapitalistische Interessen auf den Weg zu bringen.

Konkret einige Anmerkungen zu Rappes hetzerischer Rede in Hanau:

Rappe hat eine bewußt verlogene Darstellung der Teilstillegungsverfügung zugrundeliegenden Problematik abgeliefert. Das Atomgesetz wurde von Parteien verabschiedet, die die Kernenergie grundsätzlich bejahen. Selbst sie betrachten, natürlich unter dem Druck der öffentlichen Diskussion, die Atomindustrie als so risikoreich, daß sie es für notwendig hielten, bestimmte Mindestkontrollbestimmungen in einem besonderen Gesetz zu fassen. Wenn Betreiberfirmen selbst diese lächerlichen Mindestbestimmungen noch umgehen, ist das verbrecherisch. Was ist also von einem Gewerkschaftsführer zu sagen, der einer Landesregierung, die diesen völlig illegalen Methoden Einhalt gebieten will, gemeinsam mit der Atomlobby als Arbeitsplatzvernichter angreift?

Rappe unterstellt allen, die für den Ausstieg aus der Kernenergie eintreten, sie würden die Arbeitslosigkeit für die Beschäftigten in der Atomindustrie fordern. Tatsache aber ist, daß alle ernstzunehmenden Atomenergiegegner die Forderung nach dem Ausstieg aus der Atomenergie verbinden mit der Forderung an Kapitalisten und Staat, für die in der Atomindustrie Beschäftigten gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze zu schaffen.

Rappe redet von der Verteidigung der Arbeitsplätze in der Atomindustrie und verschweigt, daß die Atomindustrie gesamtwirtschaftlich betrachtet Arbeitsplatzvernichtung im großen Stil bedeutet. Zunächst einmal im Bergbau. Darüber hinaus sind Milliarden an staatlichen Geldern in die Kernenergie geflossen, die — anders investiert — weit mehr Arbeitsplätze hätten schaffen können als sie derzeit in der Atomindustrie bestehen. Rappe verschweigt auch, daß die Milliarden für die Atomindustrie zum erheblichen Teil durch Leistungsabbau und Arbeitsplatzvernichtung im sozialen Bereich aufgebracht wurden.

Rappe redet von den Arbeitsplätzen in der Atomindustrie und verschweigt die gewaltigen Risiken, die die Atomindustrie für alle arbeitenden Menschen bedeutet. Es ist wohl nur noch eine Frage der Zeit, wann Rappe den bundesdeutschen Einstieg in Reagans „Krieg der Sterne" arbeitsmarktpolitisch für unverzichtbar erklärt. Immerhin geht es in der Auseinandersetzung um die Hanauer Atomfabrik auch um die Frage, wieviel atomwaffentaugliches Material in bundesdeutschen Atomwaffenfabriken an den ohnehin minimalen gesetzlichen Kontrollen vorbei produziert und gelagert wird.

Meldungen

Rationalisierungsverhandlungen der ÖTV vertagt!

Am 23.5. wurde in Bonn weiter über die Forderungen der ÖTV zum Rationalisierungsschutz verhandelt. Einzelheiten wurden nicht bekanntgegeben. Nächste Verhandlung soll im Juni sein.

Angesichts der bisherigen Haltung der Wenderegierung zu gewerkschaftlichen Forderungen ist mehr als nötig, Druck von der Basis zu machen, daß zuerst einmal die Mitgliedschaft und die Betroffenen in den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes darüber informiert werden, was läuft, wie die Haltung von Verhandlungsführer Zimmermann ist. Daraus müssen sich dann konkrete Schritte der weiteren Mobilisierung ergeben.

GTB-Hauptvorstand will am 30.5. über Streikurabstimmung entscheiden!

Für den 30.5. ist der Hauptvorstand von Textil-Bekleidung einberufen, um über Urabstimmungsmaßnahmen zu entscheiden, nachdem die Verhandlungen in Baden-Württemberg und Nordrhein mit 105000 Beschäftigten gescheitert sind.

Verhandlungen im Metallhandwerk gescheitert!

In NRW sind die Verhandlungen mit den vier Handwerksverbänden über Lohn-, Gehalt, Ausbildungsvergütungen und die Forderung nach der 35-Stunden-Woche von der IGM für gescheitert erklärt worden.

Damit stehen in den rund 17000 Betrieben mit etwa 140000 Beschäftigten die Vorbereitungen von Kampfmaßnahmen auf der Tagesordnung. Urabstimmungen und Warstreiks sind in den nächsten Wochen notwendig, soll nicht die Sommerpause dazu führen, daß es erst im Herbst weitergeht.

Eine schnelle Lösung scheint allein schon deshalb ausgeschlossen, weil der IGM-Vorstand in seinem Schreiben zum Scheitern den vier Verhandlungsverbänden gegenüber erklärt hat: „Wir betrachten daher die Verbände bis auf weiteres nicht mehr als Tarifvertragsparteien. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen haben sie allein zu verantworten."

Weiterer Schritt zur Mediengewerkschaft

Die 200 Delegierten des Gewerkschaftstages der Rundfunk-Fernseh-Film-Union haben auf ihrem Gewerkschaftstag in Mannheim ohne Gegenstimme bei 18 Enthaltungen dem Entwurf für eine Übergangssatzung der Mediengewerkschaft zugestimmt. Die RFFU, mit rund 20000 Mitgliedern die größte Organisation der DGB-Gewerkschaft Kunst, ist der wichtigste Partner der IG Druck & Papier bei der Schaffung der Mediengewerkschaft. Die IG Druck & Papier wird auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstag Anfang Juni über die Annahme der Übergangssatzung entscheiden.

Verfassungsbeschwerde gegen Bildungsurlaub

Die Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens hat beim Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerde gegen das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz erhoben, das vom NRW-Landtag mit der absoluten Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion beschlossen wurde und seit dem 1.1.85 in Kraft ist. Nach diesem Gesetz müssen die Unternehmer den Arbeitern und Angestellten zur beruflichen und politischen Weiterbildung fünf zusätzliche bezahlte Urlaubstage im Jahr gewähren.

Die Unternehmer halten es für verfassungswidrig, daß sie zu einer „Sonderbelastung" herangezogen würden, um auch die politische Weiterbildung der Beschäftigten mitzufinanzieren. Sie machen geltend, daß allgemeine Bildungsaktivitäten eine Angelegenheit des Staates seien. Deshalb haben sich die Unternehmeranwälte auch Veranstaltungsbeispiele herausgesucht, die keinen direkten Bezug etwa zur Stellung des Arbeiters in der Gesellschaft, zur Wirtschafts- und Sozialpolitik aufweisen. In Wirklichkeit dürften Themen wie „Der Musiker und Prediger Johann Sebastian Bach" oder „Persönlichkeit läßt sich entfalten" für die Unternehmer als weniger anstößig sein, wie als Veranstaltungen, die für den Kampf der Arbeiter und Angestellten nützliche Informationen zu vermitteln suchen.

Redaktions-Konferenz „Info 35"

Am 18./19. Mai fand in Frankfurt eine Redaktionskonferenz des „Info 35" statt. Diskutiert wurden die Auswirkungen der Umsetzung des Tarifvertrages über die Einführung der 38,5-Stunden-Woche und die Vorbereitung auf die Tarifauseinandersetzung 1986.

Innerhalb des IGM-Vorstandes gibt es darüber offensichtlich Widersprüche. Während Hans Janßen 1986 die 35-Stunden-Woche ins Zentrum der Tarifauseinandersetzung rücken will, spielen Hans Mayr und vor allem Franz Steinkühler die Forderung nach realer Lohnerhöhung gegen die Forderung nach der 35-Stunden-Woche aus.

Um die Spaltungsversuche abzuwehren, wurde auf der Redaktionskonferenz ein Bündel von Forderungen diskutiert, das in die innergewerkschaftliche Diskussion eingebracht werden soll: für einen Festbetrag in der Lohnrunde 1986, der die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen real deutlich anhebt, Erhöhung auch der Ausbildungsvergütung um diesen Betrag; gegen den weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahlen die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche in einem Schritt, bei vollem Lohn und mit kontrolliertem Personalausgleich; keine Flexibilisierung, 7-Stunden-Tag für alle; vertraglich festgelegte und kontrollierte Arbeitsbedingungen; Samstagsarbeit und Schichtarbeit, die in vielen Betriebsvereinbarungen auf dem Vormarsch sind, müssen rückgängig gemacht werden; Überstunden nur noch freiwillig und mit bindendem Freizeitausgleich ab der ersten Stunde (freie Wahl der Freizeit); keine Teilzeitarbeit unter 20 Stunden; auf Wunsch Umwandlung in Vollzeitarbeitsplätze; keine befristeten Arbeitsverträge.

Im Verlauf des Sommers soll die Möglichkeit geprüft werden, im Herbst eine größere Konferenz zur Vorbereitung der Tarifrunde 1986 durchzuführen.

DGB-Hamburg

Bewußte Provokation?

Wie im Roten Morgen berichtet, kam es in Hamburg bei der 1.-Mai-Demonstration zu einem massiven und brutalen Polizeieinsatz gegen einen alternativen Block, der vor allem von Arbeitslosengruppen initiiert worden war. Wohl vor allem aufgrund der Tatsache, daß sich zahlreiche Gewerkschafter mit den Alternativen gegen den Polizeieinsatz solidarisierten — der alternative Block wuchs auf über 5000 Teilnehmer an —, konnten DGB und Polizei sich anschließend nicht einigen, wer den Polizeieinsatz zu verantworten hatte.

Inzwischen hat es eine gemeinsame Klausur von DGB- und Polizeivertretern gegeben. Nun ist die Gemeinsamkeit der Demokraten wiederhergestellt, das Feindbild klar. In einer DGB-Stellungnahme heißt es: „Die GAL hat die Störaktionen initiiert und organisiert", um „von ihrer eigenen Unfähigkeit abzulenken, die Arbeitslosen wirksam zu vertreten."

Die GAL habe sich damit erneut gegen die Gewerkschaften gestellt. „Das Verwerfliche an den Strategien der Störungsinitiatoren" sei, „daß sie das Leid und das schlimme Schicksal von Arbeitslosen mißbrauchen." Angeblich wollte die GAL erreichen, daß die Arbeitslosen „sich der Schutzfunktion ihrer Gewerkschaften entziehen". Die DGB-Gewerkschaften aber würden sich „intensiv um eine wirkungsvolle Einbeziehung ihrer arbeitslosen Mitglieder" bemühen, „weil die gewerkschaftliche Kraft die beste Interessenvertretung der Arbeitslosen ist."

Nach allem, was man hört, ist es sachlich ungerechtfertigt, die GAL als Initiator und Organisatorin des alternativen Blocks hinzustellen. Aber selbst wenn es sachlich so gewesen wäre, würde das nichts an der Tatsache ändern, daß der DGB sich im Vorfeld des 1. Mai in Hamburg gerade geweigert hat, die Arbeitslosengruppen angemessen in die Mai-Demonstration und -Kundgebung einzubeziehen.

Das paßt zu der Tatsache, daß es den Arbeitslosen und fortschrittlichen Gewerkschaftern bislang nicht gelungen ist, den DGB zu bewegen, Arbeitslosen generell die Möglichkeit zu eröffnen, Mitglied in den DGB-Gewerkschaften zu werden.

Die DGB-Stellungnahme spricht in Bezug auf den alternativen Block von „bewußter Provokation und Aggression". Die Frage steht, ob es sich bei dieser DGB-Stellungnahme um eine bewußte Provokation des DGB handelt.

Minderheitenrechtsgesetz (MindRG) im Bundestag eingebracht!

Fortsetzung von Seite 1

Minderheitenrecht konkurrierender Gewerkschaften im Betriebsverfassungsgesetz und im Bundespersonalvertretungsgesetz gewährleistet und die Ausübung des Wahlvorschlagsrechts der Beschäftigten erleichtert. Außerdem wird das Selbstbestimmungsrecht der Gruppen der Arbeiter und Angestellten verstärkt.

Der Entwurf enthält auch Vorschriften, die die Errichtung von Sprecherausschüssen für Leitende Angestellte regeln..."

Natürlich wird auch das nicht von ungefähr im letzten Jahr gefällte Urteil des Bundesverfassungsgerichts herangezogen, in dem die Höhe des notwendigen Unterschriftenquorums (10 Prozent) für verfassungswidrig erklärt worden war, nachdem es 30 Jahre ohne Beanstandungen gegolten hatte.

Welche Punkte sollen nun im einzelnen geändert werden?

1. § 14 BetrVG wird dahingehend geändert, daß generell, also nicht nur da, wo kein Betriebsrat besteht, „die im Betrieb vertretenen Gewerkschaften Wahlvorschläge machen können". Zwei Beauftragte der entsprechenden Gewerkschaft reichen als Unterzeichner, sie müssen noch nicht einmal dem Betrieb angehören. Damit ist insbesondere allen „gelben" Verbänden, dem CGB, der ULA u.ä. Tür und Tor geöffnet, auch ohne im Betrieb unterschriften sammeln zu müssen, Listen für die Betriebsratswahlen aufstellen zu können.

2. Insgesamt wird das notwendige Maß für die Unterschriften auf 5 Prozent herabgesetzt, höchstens 50. Dies bedeutet gegenüber heute eine Halbierung. Schaut man sich die Verhältnisse auf der Seite der linksoppositionellen Kräfte an, so ist festzustellen:

• Für sie galt weder bisher die Bezeichnung Gewerkschaft, sie wollen auch in der Regel so gar nicht verstanden werden. Also gilt die erste Änderung für sie sowieso nicht.

• Von wenigen Ausnahmen abgesehen hat es für sie nie Schwierigkeiten gegeben, 100 Unterschriften zu erhalten, waren und sind sie ja innerhalb der Belegschaften aufgrund ihrer Arbeit verankert.

3. Die Wahlvorstände können in Zukunft von den am Betrieb vertretenen Gewerkschaften mit je einem „dem Betrieb angehörenden Beauftragten als nicht stimmberechtigtem Mitglied" zusätzlich besetzt werden.

4. Für die Wahl aller Ausschüsse gelten in Zukunft generell geheime Wahl und das Verhältniswahlrecht, also die Repräsentation jeder Liste entsprechend ihrem Stimmverhältnis in den Ausschüssen.

5. Das gleiche gilt auch für die Freistellungen.

6. Die Abberufung von Ausschußmitgliedern bedarf der 3/4 Mehrheit aller Betriebsratsmitglieder bzw. der Gruppe, von der sie gewählt worden sind.

7. Die jeweilige kleinere Gruppe (Arbeiter bzw. Angestellte) hat jetzt schon bei mindestens einem Drittel Mitglieder im Betriebsrat bzw. bei mindestens drei Mitgliedern die Rechte, die jetzt erst ab mehr als bzw. 5 Mitgliedern gelten. Dazu zählt: Vorschlagsrecht für den Vorsitzenden (§26), Betriebsausschußbesetzung (§ 27), Ausschußbesetzung (§ 28), Freistellungen (§ 38).

8. Die bisherige Regelung, daß die Jugendvertreterwahlen nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl stattfinden, soll ebenfalls geändert werden — dahingehend, daß die oben genannten Bestimmungen der Betriebsratswahlen auch hier gelten.

Im Prinzip die gleichen Änderungen sind für das Bundespersonalvertretungsgesetz geplant.

Dies wird sicher in der Folge auch Konsequenzen für die Landespersonalvertretungsgesetze haben — nicht zuletzt dadurch, daß ja nur eine der gelben Gewerkschaften Verfassungsklage gegen Landespersonalvertretungsgesetze einzulegen braucht, in denen das Unterschriftenquorum noch nicht geändert ist.

Die bisher genannten Punkte sind in den Artikeln 1 und 2 des Gesetzentwurfes behandelt. Artikel 3 beschäftigt sich mit den Sprecherausschüssen für leitende Angestellte.

„Errichtung von Sprecherausschüssen für leitende Angestellte"

Interessant an dieser Neugründung von bisher da und dort auf freiwilliger Basis bestehenden Ausschüssen sind folgende Punkte.

1. Während es im Betriebsverfassungsgesetz immerhin noch heißt, daß Betriebsräte und Arbeitgeber mit den Gewerkschaften „zusammenarbeiten „zum Wohl der **Arbeitnehmer und des Betriebes**", heißt es hier: „Der Sprecherausschuß arbeitet mit dem Arbeitgeber und dem Betriebsrat vertrauensvoll unter Beachtung der geltenden Gesetze und Tarifverträge **zum Wohl des Betriebes** zusammen."

Oberstes Wohl ist also das „Wohl des Betriebes", was weitreichende Konsequenzen für die Art und Weises eines „Interessenausgleichs" hat.

2. So heißt es unter § 8:

„(6) Beabsichtigt der Arbeitgeber mit dem Betriebsrat eine Betriebsvereinbarung oder eine vergleichbare Regelung abzuschließen, die die rechtlichen Interessen der Leitenden Angestellten berührt, hat der Arbeitgeber den Sprecherausschuß vorher anzuhören.

(7) Erachtet der Sprecherausschuß eine Regelung nach Absatz 6 als unbillig für die betroffenen Leitenden Angestellten, so kann er gegenüber dem Arbeitgeber schriftlich verlangen, daß die Regelung auf die Dauer von zwei Wochen vom Zeitpunkt des Zugangs des Verlangens an nicht durchgeführt wird. Innerhalb dieser Frist haben Arbeitgeber, Betriebsrat und Sprecherausschuß eine Verständigung zu versuchen; zu diesem Zweck kann eine Vermittlungsstelle gebildet werden, die aus je einem Vertreter des Arbeitgebers, des Betriebsrats und des Sprecherausschusses besteht. Die Vermittlungsstelle soll Vorschläge zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten machen. Wird innerhalb der Frist eine Verständigung nicht erreicht, so kann der Sprecherausschuß beim Arbeitsgericht die Aufhebung der Regelung beantragen, soweit sie für den Leitenden Angestellten unbillig ist."

Damit kann der Sprecherausschuß bei weiter Auslegung der „rechtlichen Interessen der Leitenden Angestellten" praktisch gegen jede Betriebsvereinbarung vorgehen und ihr Inkrafttreten erst mal verhindern.

Stellungnahmen der Gewerkschaft dazu

Schon im Vorfeld der Gesetzeseinbringung hatten IGM und HBV Arbeitsmaterialien dazu an die Ortsverwaltungen bzw. Funktionäre herausgegeben. Darin wird zu Recht u.a. festgestellt:

„**Verteidigt das Betriebsverfassungsgesetz!**

Zur Halbzeit der rechtskonservativen Regierungskoalition ist festzustellen:

Die Politik dieses Bündnisses ist gekennzeichnet

• durch eine massive Umverteilung der Einkommen von den kleinen Leuten hin zu den oberen Zehntausend;

• durch drastische Demontagemaßnahmen in der Sozialpolitik bei gleichzeitiger Steigerung der Rüstungslasten;

• durch eine unverhüllte Parteinahme zugunsten der Unternehmer im Kampf um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit;

• durch den Abbau von Arbeitnehmerschutzrechten und die geplante Beschneidung von Gewerkschaftsrechten.

Zielstrebig werden die Forderungen realisiert, die Albrecht, Lambsdorff und George kurz vor oder nach der Wende erhoben haben.

Ihre Papiere waren und sind die Leitlinien für die Wende-Politik der Rechtskoalition in Bonn, für die Umbaupläne zu einer unsozialen Ellenbogengesellschaft, die von Kohl, Blüm und Stoltenberg mit tatkräftiger Unterstützung von Genscher und Bangemann Stück für Stück verwirklicht werden...

Minderheitenschutz — ja!

Zum Beispiel für unsere ausländischen Kollegen und ihre Recht auf Arbeit, Bildung und Aufenthalt!

Aber Minderheitenschutz für Leitende?

Leitende Angestellte sind eine Minderheit — stimmt, so wie in früheren Jahrzehnten der Adel eine Minderheit war: nicht benachteiligt, sondern privilegiert.

Diejenigen, die ohnehin schon Einfluß haben und dafür gar nicht schlecht bezahlt werden, sollen eine eigene Standesvertretung erhalten, um sich vom gemeinen Volk der Arbeiter und Angestellten noch stärker abheben zu können...

Der Abgeordnete **Broll von der CDU/CSU** bringt denn auch die wahren Absichten der Unionsfraktion in aller Deutlichkeit auf den Punkt: Broll wörtlich:

„Es geht im Grunde um Monopole, in diesem Fall allerdings um Monopole bestimmter jeweils **monopolmächtiger Gewerkschaften.**"

Durch Senkung des Quorums (3 Prozent oder 50 Unterschriften, die in jedem Fall genügen), so wird im Augenblick diskutiert) wollen CDU und CSU sicherstellen, daß insbesondere die christlichen Gewerkschaften im Betrieb und in den Betriebsräten Fuß fassen...

Ich sagte eingangs, die Rechts-Koalition handle nach einem regelrechten Umbauplan, und ich habe versucht, die Planmäßigkeit mit einigen Fakten zu belegen.

Denn es wäre ein verhängnisvoller Fehler, die von der konservativen Regierung ins Auge gefaßten Änderungen jeweils nur isoliert zu diskutieren.

Aus der Zusammenschau aller einzelnen Veränderungen wird das Ausmaß dessen sichtbar, was diese Regierung sich zum Ziel gesetzt hat: den rigorosen Abbau von Arbeitnehmer-, Betriebsrats- und Gewerkschaftsrechten und massive Aushöhlung erkämpfter Schutzvorschriften."

Gleichzeitig werden erweiterte Mitbestimmungsrechte gefordert:

„Wir brauchen z.B. mehr und wirksame **Mitbestimmung bei Rationalisierung und der Einführung neuer Technologien, bei der Personalplanung und in arbeitsorganisatorischen Angelegenheiten.**"

Eng angelehnt an den Beiratsbeschluß der IGM vom 11.12.84 werden als „Aktionsvorschläge" drei Punkte genannt:

„Information (der Funktionäre, Mitglieder, der Arbeitnehmer im Betrieb, der Öffentlichkeit)

2. Kommunikation mit den Abgeordneten

3. Information (der Mitglieder und Funktionäre, der Arbeitnehmer in den Betrieben, der Öffentlichkeit) über die Reaktion und das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten."

Dazu gibt es dann entsprechende Briefentwürfe an die Abgeordneten der fünf im Bundestag vertretenen Parteien, mit denen sie von Betriebsräten, Vertrauensleuten oder Belegschaftsversammlungen angeschrieben werden sollen, um sie zur Ablehnung aufzufordern und ihre Reaktion unter den abhängig Beschäftigten bekannt zu machen.

In einem Kommentar für das „Handelsblatt" vom 24.5.85 kündigt Vorstandsmitglied Horst Klaus auch zentrale Aktivitäten der IGM an, ohne sie zu konkretisieren.

Die HBV will dies ergänzen durch den Vorschlag einer breiten Postkartenaktion, aufbauend auf der Mobilisierung und Aufklärung der Gewerkschaftsmitglieder und Beschäftigten im HBV-Bereich.

„Gott bewahre uns vor Grünen und Kommunisten in den Betriebsräten der Großindustrie"

Nicht, daß wir es so sehen — aber Wehrhart Otto, Redakteur der Metall und Mitautor zahlreicher IGM-Veröffentlichungen, verbreitete diesen Spruch in der „Metall" vom 19. April.

Im Zusammenhang mit der — berechtigten — Kritik an den jetzt eingereichten Vorschlägen zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes und der Einrichtung von Sprecherausschüssen. Und er hatte auch gleich die richtigen Kronzeugen parat: Gesamtmetall Thiele und Arbeitgeber Esser als Vertreter der Großindustrie würden das so ähnlich sehen.

Nun kann man sicher nicht behaupten, daß Otto der einzige ist, der das so sieht.

Auch der IGM-Vorstand hat in seinem Beiratsbeschluß vor „chaotischen Sektierern" gewarnt, die jetzt angeblich leichter in die Betriebsräte einziehen könnten. Horst Klaus vermied in seiner Stellungnahme im „Handelsblatt" jeden Angriff auf linksoppositionelle Kräfte. Geschickt wies allerdings das „Handelsblatt" in einem auf der gleichen Seite befindlichen Artikel ausführlich auf die Urteile hin, nach denen es der Plakat-Gruppe nicht gelungen war, wieder in die IGM per Klage zu kommen. Außerdem auf den Fall eines Mitglieds der Gruppe Rote Fahne/KPD, bei dem 3 Jahre „Karenzzeit" für eine nicht zu lange Frist bis zu einer Wiederaufnahme genannt wurde Kommentar des HB: „Die IGM geht zwar mit den Politikern der Regierungskoalition hart ins Gericht... (aber) sie hat keine Skrupel gegenüber z.B. kommunistischen Störenfrieden in ihrer eigenen Organisation." (HB 23.3.85)

Hintergrund für diese Argumentation des IGM-Vorstandes gegen die geplanten Angriffe auf den DGB und die Betriebsräte ist der Gedankengang: „Es kann doch niemand wollen, daß in den Betrieben permanentes Mißtrauen herrscht, permanent Konflikte geschürt werden und die Störung des sozialen Friedens im Betrieb zum Dauerzustand wird!" (Vorschlag für ein Referat zum Thema, IGM-Vorstand, März 85, S. 8)

Auch wenn wir uns eindeutig und ohne Wenn und Aber gegen das sogenannte Minderheitenschutzrecht aussprechen, mit dazu beitragen werden, den Kampf dagegen zu organisieren: nicht um den sozialen Frieden geht es uns dabei, sondern tatsächlich **kampfstarke und einheitliche** Gewerkschaften und eine entsprechende Politik gegen die Unternehmer, die Regierung und ihre Maßnahmen durchzusetzen.

Dabei kommt es u.a. darauf an, deutlich zu machen, daß der „soziale Friede" zum einen längst von den Unternehmern und ihrer Regierung aufgekündigt ist, zum anderen, daß zur Durchsetzung der Interessen der abhängig Beschäftigten Klassenkampf von unten gegen den von oben unabdingbar ist.



Die neueste Ausgabe der RGO-Nachrichten enthält u.a. Beiträge zu folgenden Themen: Offensiv durch die Krise — der weitere Weg der Gewerkschaften. Die Politik der Wende und ihre Ausprägung gegenüber der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Verbilligung der Ware Arbeitskraft. Warum Lohn- und Sozialabbau? Chemie — nach der Tarifrunde. Sie kostet 2,— DM und kann bei folgender Adresse bezogen werden:
KO-Ausschuß der RGO
Postfach 31 03 32
4600 Dortmund 41

Libanon: Ein Jahrzehnt der Zerstörung

In den letzten Wochen gerät der Libanon wieder mit grauenhaften Nachrichten in die Schlagzeilen. Der Bürgerkrieg der streitenden Parteien im Land fordert weiter Opfer. Auch nach dem Abzug der israelischen Truppen ist keine Ruhe im Land eingekehrt. Welche Kräfte stehen sich im Libanon gegenüber, welche Ziele haben sie? Das Palästina-Bulletin der Informationsstelle Palästina in Bonn hat am 17. Mai einen Artikel veröffentlicht, der anläßlich des traurigen Jubiläums — 10 Jahre Krieg im Libanon — die streitenden Kräfte untersucht. Diesen Artikel aus der Zeitschrift Africasia drucken wir in der Übersetzung des Palästina-Bulletins. Der zugegebenermaßen nicht einfache Text scheint uns lesenswert, weil er einmal die kämpfenden Parteien und ihre Absichten gut beschreibt sich aber auch nicht dazu versteigt, einer der rivalisierenden Gruppen im Libanon ernsthaft den Willen und die Möglichkeit zuzuschreiben, Frieden zu schaffen und eine Hoffnung für die leidgeprüfte Bevölkerung des Libanon zu sein. Palästina-Bulletin schreibt in seiner Einleitung zu dem Artikel: *Auch nach zehn Jahren eines mörderischen Konfliktes fahren die Zauberlehrlinge — Israel und Syrien —fort Libanesen gegen Libanesen zu hetzen, um die Schaffung eines modernen unabhängigen und souveränen Staates zu verhindern.* Der folgende Artikel bringt viele Belege für die These.

Der Krieg im Libanon begann vor zehn Jahren, am 13. April 1975. An diesem Tag wurden 27 Passagiere in einem palästinensischen Bus von Falange-Milizionären im Beiruter Stadtviertel Ain Rummanieh niedergeschossen. Seither wurde jeder 30. Einwohner Libanons getötet, und die Kämpfe haben einen materiellen Verlust verursacht, der auf über 20 Mrd. Dollar geschätzt wird. Noch ist der Konflikt weit von einem Ende entfernt; er könnte noch Jahre andauern. Es ist wie ein tödliches Schachspiel, das auf einem Brett gespielt wird, wo die Quadrate Farbe und Position wechseln und die Figuren, die aus dem Spiel gejagt wurden, irgendwo wieder erscheinen. Dabei wechseln die Taktiken der Spieler, Israel und Syrien, ebenso wie die ihrer mächtigen Verbündeten und Förderer. Auf dem Brett gibt es viele potentielle Königinnen und Könige und eine größere Zahl von Bischöfen als andere „Offiziere". Bei sorgfältiger Prüfung stellen sich alle Figuren auf dem Brett als Bauern dar, so auch die beiden Spieler.

Das wirkliche Spiel ist nicht dasjenige, was wir zu sehen glauben. Es ist in der Tat fast unsichtbar hinter dem Blutvergießen und vergifteten ideologischen Auseinandersetzungen. Dieses verdeckte Spiel wird ausgefochten zwischen den religiösen Gruppen, die unterstützt werden von Israel und den Kräften, die nicht darauf verzichten wollen, die palästinensische Sache zu opfern — ein Opfer, das in den Zielen dieser religiösen Parteien enthalten ist. Deren Gegner schließen alle diejenigen ein, die von der Sprengkraft, die die palästinensische Revolution für einen Wandel in der arabischen Gesellschaft darstellt, wissen — beginnend mit dem Libanon selbst.

Zehn Jahre nach dem Ereignis, das den Krieg entfachte, sind es immer noch die Palästinenser, die im Libanon, in Sidon und in der umliegenden Gegend in Beirut und in den Flüchtlingslagern ermordet werden. Die Tragödie des Libanon wurde durch Massaker an Palästinensern unterstrichen. Es sind bisher nicht allein die faschistischen falangistischen Milizen gewesen, die diese Schlächtereien für die Israelis angerichtet haben; heute gesellen sich zu diesen Gruppen die schiitischen und drusischen Parteien, die den Interessen Syriens dienen, das die Pläne der religiösen Gruppen nicht ablehnt. Zwischenzeitlich intervenierte die syrische Armee direkt im Jahr 1976, um die Palästinenser von Tell al-Zaatar abzuschlachten, während die israelischen Truppen des Ariel Scharon den falangistischen Mördern im Jahre 1982 die Tore der Lager von Sabra und Chatila öffneten.

Wer hat keine Palästinenser im Libanon getötet? Flüchtlingslager wurden von Syrern und Israelis angegriffen, dann von libanesischen Verbündeten der Israelis, und nun von den libanesischen Verbündeten der Syrer und — um noch genauer zu sein — von einigen palästinensischen Verbündeten der Syrer. Diese Wahrheit wird durch neue Entwicklungen im schrecklichen Libanondrama unterstrichen, die auch zeigen, daß die Hauptgründe des Krieges und seine Hauptakteure noch präsent sind. In zehn Jahren gab es keine Entwicklung im Libanon, die die Situation hätte ändern oder Aussichten für einen Wandel hätte bieten können.



Trotz gewisser Phänomene hat sich nichts grundlegend geändert, obwohl alles an der Oberfläche umgeformt wurde. In dieser Hinsicht bieten die Ereignisse in Sidon nach dem israelischen Rückzug am 16. März, gefolgt von gewalttätigen Zusammenstößen in Westbeirut Mitte April, eine Veranschaulichung der — indes nicht bedeutenden — Veränderungen, die sich nach einem Jahrzehnt Bürgerkrieg zugetragen haben.

Die „konfessionelle" Interpretation dieser Ereignisse tendiert — ja nach Parteizugehörigkeit — dazu, sie zu erklären in Begriffen von Rivalität zwischen den sunnitischen und schiitischen Gemeinschaften in Sidon, der Hauptstadt des Südens, ebenso in Westbeirut, das wie Sidon traditionell von sunnitischen Moslems beherrscht wird, während die Schiiten in den Dörfern des südlichen Libanon und den südlichen Vorstädten Beiruts in der Mehrheit sind. In eben diesen Vorstädten trat die Amalmiliz des Nabih Berri als Hauptstreitmacht im letzten Jahr hervor, indem sie der regulären Amree entgegentrat, die den Süden der Stadt grausam beschossen hatte, und indem sie den Rückzug der US-Marines und der Kontingente der multinationalen Streitkräfte erwirkte, die schon 300 Mann bei Angriffen von Selbstmordkommandos auf ihre Hauptquartiere verloren hatten. Der gewachsene Einfluß der Schiiten spiegelte sich jedoch nicht auf der institutionellen Ebene wider, obgleich Nabih Berri ein Mitglied der Koalitionsregierung wurde. Der libanesische Staat fuhr fort, auf einem Einvernehmen zwischen den Christen und den Sunniten zu beruhen.

Tatsächlich waren die Dinge sehr verschieden. Trotz der vorherrschenden sunnitischen Bevölkerung wird Beirut hauptsächlich von der Schiitenmiliz kontrolliert. In Sidon wurden die Kämpfe des 18. März, die dem israelischen Rückzug folgten, zwischen schiitischen und von außerhalb gekommenen christlichen Milizinären ausgetragen. Die Schiiten behaupteten ihren Einfluß, um das Auftauchen sunnitischer Kämpfer oder die Rückkehr der palästinensischen Kämpfer zu verhindern. Mit anderen Worten, Nabih Berris Schiitenmiliz hat die Macht im moslemischen Lager insgesamt übernommen. In der „konfessionellen" Interpretation der Ereignisse wird die Eliminierung der nasseristischen Sunnitenmiliz, der Morabitoun, in Westbeirut als logische Folge der Machtergreifung durch die Schiiten dargestellt. Aber warum unterstützten die drusischen Milizionäre der Progressiven Sozialistischen Partei (PSP) unter Walid Junblatt die Amalpartei militärisch? Warum beteiligten sich diese beiden Kräfte an der Eliminierung derjenigen in den palästinensischen Flüchtlingslagern, die loyal zu Yasser Arafat stehen? An diesem Punkt ist eine „konfessionelle" Erklärung nicht länger befriedigend.

In der Tat sehen die beiden Milizen mehr wie die Vollstrecker einer teuflischen Politik aus. 24 Stunden bevor die PSP und Amal mit der Liquidierung der Morabitoun begannen, waren ihre Führer in Damaskus, wo Präsident Assad — am Vorabend des Besuches von US-Unterstaatssekretär Murphy — es für nötig befand, die Amerikaner daran zu erinnern, daß er die palästinensische „Karte" in der Hand halte; er allein und bestimmt nicht die Palästinenser selbst, weder die Loyalisten noch die „Dissidenten". Um den religiösen Neigungen Walid Junblatts und Nabih Berris zu schmeicheln und um vorgeblich ihren politischen Zielen zu dienen, mußte der syrische Präsident vorübergehend seine sunnitischen und christlichen Verbündeten und jene, die sie auf höchster Ebene repräsentieren, opfern: das libanesische Staatsoberhaupt Amin Gemayel und seinen Premierminister Raschid Karameh.

Seit dem 12. März war Präsident Gemayel das Opfer des „Dissenz" innerhalb des maronitischen Lagers und seiner politisch-militärischen Organisation. Als erzwungener Verbündeter Damaskus wird Gemayel von den falangistischen Führern hart bekämpft, die loyal zu seinem ermordeten Bruder, Baschir Gemayel, stehen: Dem Mann, der alle Christen des Libanon durch die Bildung eines Bündnisses mit Israel vereinen wollte. Die „Dissidenten"-Bewegung, angeführt von Samir Geagea, Elie Hobeika und Karim Pakradouni (deren Namen verbunden sind mit zahlreichen anti-palästinensischen Massakern wie auch mit dem Mord an christlichen Kameraden), hat die wirkliche Macht — diejenige der Waffen — gestohlen und Gemayel die formale Amtsgewalt überlassen, gerade zu dem Zeitpunkt, als die schiitischen Radikalen die Macht der Waffen dazu benutzten, ihre Vorherrschaft im moslemischen Lager zu etablieren, während sie auf die politische Macht warteten. Gemayel und Karameh baten Damaskus zu intervenieren und ihnen zu helfen, die „Uneinigkeit" unter den libanesischen Kräften unter Kontrolle zu bringen. Hafez Al-Assad weigerte sich. Dies veranlaßte Rashid Karameh, obwohl er als prosyrisch gilt, dazu Sitzungen seines eigenen Ministerrates zu boykottieren: Als dann die Eliminierung der Morabitoun begann, trat er zurück, widerrief seinen Entschluß aber einige Tage später.

Die beiden Parteien, von denen das politische Gleichgewicht im Libanon traditionell abhängt, sind auf diese Weise geschwächt worden. Gegenüber der sunnitisch-christlichen Gruppierung ist eine neue hervorgetreten, bestehend aus Drusen und Schiiten, die hoffen, aus der Unterstützung von Damaskus und Tel Aviv Nutzen zu ziehen, indem sie die Palästinenser angreifen. Es ist dies jedoch eine konfessionelle Gruppierung. Das neue liegt in der Schwächung der Sunniten, die von den Israelis und Syrern als mögliche Verbündete der Palästinenser betrachtet werden, die ja selbst zumeist Sunniten sind.

Syrien spielt eine Schlüsselrolle in dieser Entwicklung und unterstreicht die konfessionellen Merkmale. Syrien will gegenüber dem, was es als „sunnitische Achse" zwischen Jordanien, Palästina und Ägypten betrachtet, eine alawitisch-shiitsch-drusische Achse bilden, die den Maroniten offenstehen würde und die sich in letzter Konsequenz in den zionistischen Traum einfügt, eine israelische Vorherrschaft über die konfessionellen

Fortsetzung auf Seite 7

Wieder Krieg um Sabra und Shatila

Nach den fürchterlichen Massakern in den Lagern der Palästinenser bei Beirut, Sabra und Shatila im Herbst 1982 sind diese Lager nun wieder umkämpft. 1982 hatten christliche Milizen unter aktiver Hilfe der israelischen Besatzungstruppen hunderte Palästinenser erschossen, erstochen, erschlagen. Seit der vergangenen Woche nun liegen die Lager Sabra, Shatila und Bourj el Brajneh im Süden Beiruts wieder unter Beschuß. Schiitische Einheiten der Amal-Miliz greifen die Lager immer wieder an. Die Palästinenser wehren sich verzweifelt. Und wie 1982 die christlichen Milizen haben die jetzigen Angreifer mächtige Verbündete: heute schaut die reguläre libanesische Armee tatenlos dem Morden zu.

Bis zum Ende der vergangenen Woche hielten die Palästinenser aber noch den Angriffen stand. Es hat schon fast 200 Tote gegeben, 1000 Verletzte. Zwar sind wichtige Positionen der Palästinenser gefallen, aber die schiitischen Amal-Einheiten konnten die Lager noch nicht besetzen. Ein Milizionär, der von den Angriffen auf die Palästinenser-Lager zurückkam berichtete: „Sie sind besser als wir. Sie kämpfen schon seit Jahren. Frauen und sogar die Mädchen kämpfen".

Dieser neuerliche Versuch die „Endlösung" der Palästinenser-Frage zu erreichen, geht auf die Machtpläne des Chefs der Amal-Milizen, Nabih Berri zurück, dessen Truppen schon seit längerem eine starke Stellung im Libanon haben. In den Palästinenser-Lagern, wo rund 120000 Menschen leben, vermutet Berri eine Menge potentiellen Widerstand gegen seine Herrschaft. Um diese Herrschaft zu sichern, hat er sich mächtige und berüchtigte Verbündete geschaffen. Nahib Berri, der zur Zeit so blutig im Libanon „aufräumt", ist amtierender Justizminister im libanesischen Kabinett. Und der Oberkommandierende der Christen-Milizen, mit denen sich Berri arrangiert hat, heißt Elie Hobeika. Er war früher „Sicherheitschef" der Christen-Milizen und gilt als Hauptverantwortlicher für die Massaker von 1982 in Sabra und Shatila.

Fortsetzung von Seite 6

Streitigkeiten seiner Nachbarn zu schaffen.

Dieser Punkt ist sicherlich noch nicht erreicht. Als kurzfristiges Ziel jedoch stimmt der Einflußverlust der libanesischen Sunniten und ihrer gemäßigten christlichen Verbündeten mit den syrischen und israelischen Strategien überein. Für Syrien dient die neue Allianz mit Berri und Junblatt (Khadhafis Libyen haßt den ersten und versorgt den zweiten mit Waffen) den antipalästinensischen Zielen von Damaskus und Tripolis und stellt eine Hauptbedrohung gegenüber Kairo, Bagdad und Amman dar, indem es eine schiitische Machtübernahme im Libanon begünstigt, die die ganze Region einem moslemischen Fundamentalismus im Stile Khomeinys aussetzen könnte. Die Syrer senden auch eine „Botschaft" nach Washington. Diese syrische Politik stimmt mit der zionistischen Strategie überein, zum einen wegen ihrer deutlich konfessionellen Aspekte, zum anderen, weil sie die Existenz eines anti-palästinensischen Konsensus voraussetzt, der jetzt mehr oder weniger überall im Libanon vorhanden ist, außer in der sunnitischen Gemeinschaft.

Teile und herrsche

Zehn Jahre nach Kriegsbeginn steht der Libanon ohne Zentralgewalt da. Anstatt abzusterben, wurde der konfessionelle Charakter des Konflikts von den Syrern und den Israelis aufgeführt. Auf mittlere Sicht wird dies die falsche „föderalistische" Lösung begünstigen, die anscheinend von Washington und seinen europäischen und israelischen Verbündeten favorisiert wird. Im Hinblick auf die gegenwärtige Situation könnte dies nur ein Schritt in Richtung Teilung des Libanon in Kontone auf der Grundlage der jetzigen Einflußzonen sein, die das Land in christliche, sunnitische und drusische Zonen aufsplittert. Im besetzten Süden, wo derartige Aufteilungen noch nicht klar sind, arbeiten israelische Truppen daran, eine größere Umsiedlung von Christen südlich des Litani-Flusses vorzunehmen, indem sie die Schiiten weiter nach Norden ins Exil drängen.

Dieser Plan wird sowohl im christlichen als auch im sunnitischen Lager bekämpft. Maronitische Führer haben jeden Versuch verurteilt, die Christen als „Sandsäcke" an Israels Nordgrenze zu benutzen. Trotz der Durchführung der sogenannten „Politik der eisernen Faust", die die israelische Invasionsarmee veranlaßt hat, eine Anzahl terroristischer Akte auszuführen — Massaker, die Sprenung von Gebäuden, Plünderungen von Dutzenden von Häusern und Folterungen an Hunderten von jungen Leuten — hat der zionistische Staat sein Ziel verfehlt, die erhoffte „Sicherheitszone" bilden zu können. Nichtsdestoweniger hat es einen Exodus über den Litani nach Norden gegeben, der das ganze Gebiet südlich des Flusses unter Kontrolle der israelischen Armee und ihrer Agenten in der „südlibanesischen Armee" unter Antoine Lahad beließ. Diese Taktik der verbrannten Erde könnte den Weg bereiten für die spätere Besiedlung des Gebiets durch „Freunde" Israels oder gar zionistische Siedler. In jedem Fall bestehen die Militärführer in Tel Aviv darauf, daß der südliche Libanon immer von Israel kontrolliert bleiben soll, womit Israel sein „Recht" behielte, dort jederzeit zu intevenieren. Die Lage unterscheidet sich letztlich nicht sehr von der des Jahres 1976 (als die syrische Armee einmarschierte) oder der des Jahres 1978 (als die Israelis zum ersten Mal eindrangen).

Libanesische Souveränität existiert nicht. Die falagistische Rechte hat nicht auf ihr Bündnis mit Israel verzichtet. Die anderen Milizen haben es nicht aufgegeben, die Maroniten und Sunniten wegen ihrer Machtprivilegien herauszufordern. Und die Palästinenser stehen noch immer im Mittelpunkt jeder politischen Entscheidung und bleiben die Opfer der anderen Gruppen. Nabih Berri beschreibt sie als „Fremde" (die aus diesem Grunde verjagt werden sollten), ebenso wie die Faschisten der Kataeb es tun. Er weiß jedoch, daß er einem plötzlichen Wechsel oder Verrat, der sich in Damaskus ereignen könnte, ausgeliefert wäre.

Es scheint, daß die wirkliche Lehre der vergangenen zehn Jahre darin besteht, daß weder Damaskus noch Tel Aviv im Libanon das Auftreten von „starken Männern" zu sehen wünschen, aus welcher Gemeinschaft sie auch immer kommen mögen. Um die Schaffung eines neuen, unabhängigen Libanon zu verhindern, der auf einer modernen, fortschrittlichen Grundlage wiederhergestellt wird, werden die Zauberlehrlinge in Israel und Syrien fortfahren, Libanesen gegen Libanesen zu hetzen: teilen, um zu herrschen.

Africasia, Mai 1985

Korrespondenz:

Polizeiübergriff gegen Hörder Friedensinitiative

Am Samstag, dem 11.5., veranstaltete die Friedensinitiative Dortmund-Hörde ein Friedensfest vor dem Hochbunker an der Faßstraße in Hörde, der noch aus dem 2. Weltkrieg stammt. Dieses Fest war von den Dortmunder Ordnungsbehörden genehmigt worden. Nicht ausdrücklich gestattet, aber auch nicht direkt verboten hatten sie eine zugleich damit beantragte Bemalung dieses Bunkers mit Friedenstauben. Dieser symbolische Akt sollte zum Ausdruck bingen, daß Bunkerneubau und -wiederherrichtung ein Stück Kriegsvorbereitung sind.

In Dortmund gibt es seit einiger Zeit eine öffentliche Auseinandersetzung um die von der Stadtverwaltung bereits in Angriff genommene Wiedererrichtung eines Bunkers am Westpark. Auf Initiative der Grünen hatte der Dortmunder Stadtrat am 9.5. mehrheitlich „den Bau von öffentlichen Schutzräumen und Bunkern sowie die Wiederherrichtung vorhandener Anlagen aus dem 2. Weltkrieg abgelehnt", weil ein Krieg in Europa der 3. Weltkrieg sein werde, bei dem „mit großer Sicherheit innerhalb kürzester Frist der Einsatz von Atombomben erfolgen" werde. Ein Überleben sei ausgeschlossen. Das gelte in besonderer Weise für die Großstädte des Ruhrgebietes.

Die Veranstalter des Friedensfestes sahen ihr Vorhaben als eine „friedliche und phantasievolle Umsetzung des Ratsbeschlusses" an. An dem Fest teil nahmen u. a. auch zwei SPD-Stadtratsmitglieder und ein SPD-Landtagsabgeordneter.

Als schließlich die Malaktion beginnen sollte, waren plötzlich mehr als zehn Einsatzfahrzeuge der Polizei zur Stelle. Der Einsatzleiter wies den Veranstaltungsleiter darauf hin, daß ein Bemalen des Bunkers Sachbeschädigung sei. Dieser ließ die Festteilnehmer abstimmen. Die große Mehrheit sprach sich für eine Fortsetzung der Bunkerbemalung aus. An ein Eingreifen der Polizei glaubte trotz dieser massiven Präsenz niemand so recht. Und zunächst sah es so aus, als ob nichts geschehen würde.

Die ersten Friedenstauben prangten bereits in 3 m Höhe am Bunker, da griff die Polizei ein. Die Leiter, auf der sich in etwa 3 m Höhe eine malende Frau befand, wurde gewaltsam zur Seite gerückt, so daß die Frau beinahe herabgestürzt wäre. Es gab ein Handgemenge, Kinder schrien, mehrere Festteilnehmer wurden teilweise an den Haaren zu den Polizeifahrzeugen gezerrt. Einer wurde derart mißhandelt, daß er später wegen eines Nasenscheidewandrisses im Krankenhaus behandelt werden mußte. Einem anderen setzte ein Polizist seine Dienstpistole an die Schläfe, um ihn daran zu hindern, sich dem Zugriff durch Flucht zu entziehen. Farbtöpfe wurden umgekippt, anwesende Pressefotographen behindert. Mehrere Teilnehmer vorübergehend festgenommen, gegen vier wurde ein Verfahren wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt eingeleitet.

Die Dortmunder Lokalpresse und das Westdeutsche Fernsehen berichteten ausführlich. Die Polizei, die anfänglich keinen Kommentar abgeben wollte, sah sich schließlich zu einer Stellungnahme genötigt. Sie habe eingreifen müssen, da der Bunker Eigentum des Bundes sei und vor Beschädigung habe geschützt werden müssen. Der polizeiliche Zwang sei durch die Notwendigkeit einer Gefahrenabwehr begründet gewesen. Der Presseerklärung der Polizei läßt sich entnehmen, daß die an sich zuständige Hörder Polizei (Schutzbereich Süd) mit dem Einsatz nicht betraut worden war, wohl dagegen der Schutzbereich Dortmund-Mitte. In Gang gesetzt worden war die Polizeiaktion offenbar durch einen KriminaloberKommissar beim 14. Kommissariat (zuständig für politische Vorkommnisse), das seine Weisungen nicht vom Dortmunder Polizeipräsidenten (der z.Z. noch an einem Herzinfarkt laboriert, den der sich beim Jogging zugezogen hatte), sondern unmittelbar vom Landeskriminalamt bezieht (und dieses wiederum vom Bundeskriminalamt, das seinerseits dem Bundesinnenministerium untersteht). Nicht erklärt wird in dieser Erklärung, wieso die Beamten des SB Mitte der-



art schnell zur Stelle sein konnten (Entfernung etwa 6 km), wo doch die Polizei vor der Malaktion vorher nichts gewußt haben will.

Die Wellen der Empörung schwappten hoch. Für die SPD-Prominenz war es offenbar das erste Mal, daß sie solch einen Polizeiangriff vor Augen geführt bekam. In ihrer Sitzung vom 21.5. haben die Hörder Bezirksvertreter den Polizeieinsatz als brutal verurteilt.

Die Friedensinitiative Hörde bereitet inzwischen ein weiteres Friedensfest am Hörder Hochbunker vor, und zwar für Sonntag, den 9. Juni, ab 14.00 Uhr. Beabsichtigt ist dabei auch die Fortsetzung der unterbrochenen Malaktion. Vorher will sie sich vorsichtshalber eine Genehmigung bei der Bundesvermögensverwaltung holen. Dies machte insbesondere die SPD zur Voraussetzung für ihre Teilnahme...
kadi

+ + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe

Schattenboxen?

Ein Schattenboxen ist also der Kampf, der in der Partei um die Frage der Diktatur des Proletariats gefüht wird. Zu diesem Schluß kommt jedenfalls die Artikelserie im RM über den Titoismus. „Schlagworte" werden aufgetischt, um eine „inhaltliche Debatte" zu „vermeiden". Nun, letzteres ist sicher richtig, wenn auch in einem anderen Sinn, als die Artikelserie glauben machen will.

So ist es beispielsweise ein Schlagwort zur Vermeidung einer „inhaltlichen Debatte", wenn H.D. Koch einerseits von „Planwirtschaft" spricht und andererseits dem Vertretungsorgan der Belegschaft eines jeden Betriebs „ein Vetorecht in allen Fragen" zugestehen will. (Kommunistische Hefte" 10, Seite 19) Denn es liegt völlig klar auf der Hand, daß ein solches Vetorecht eine sozialistische Planwirtschaft **ausschließt** und das Wort „Planwirtschaft" folglich zur leeren Phrase macht.

So ist es des weiteren ein Schlagwort zur Vermeidung einer „inhaltlichen Debatte", wenn H. D. Koch eine „führende Rolle der KP" zwar formal „anerkennt", andererseits aber im gleichen Atemzug betont, diese führende Rolle dürfe sich nicht „auf die Führung des Staatsapparats beziehen" (ebenda, Seite 23) Der RM spricht in der Titoismus-Artikelserie gar von einer „führenden Rolle in dem Sinn, daß sie (die Partei) den hauptsächlichen politischen Einfluß erringt". Wie das? Ich war eigentlich bisher der Meinung, daß „Politik" nichts anderes bedeutet als den Versuch, auf Staatsangelegenheiten Einfluß zu nehmen. Was um alles in der Welt soll also eine Führende Rolle einer Partei sein, die auf solche Einflußnahme verzichtet?

An dieser Stelle kommt dann üblicherweise der Einwand, H.D. Koch habe ja gar nichts dagegen, daß „Kommunisten als Teil ihrer Klasse an der Durchführung der politischen — auch der staatlichen — Macht der Arbeiterklasse teil"nehmen. (ebenda, Seite 23) Aber was bedeutet das? Es bedeutet, daß H.D. Koch gegen ein Berufsverbot für Kommunisten im Sozialismus ist. Nicht weniger, aber auch nicht mehr. Natürlich ehrt eine solche Auffassung H. D. Koch und ist eine solche Auffassung zu begrüßen. Aber eine Befürwortung der führenden Rolle der KP als organisiertes Ganzes, als organisierter Vortrupp der Klasse, ist das nicht. Lenin erklärte unmißverständlich: „Der Staat ist das Gebiet des Zwanges. Es wäre Wahnwitz, wollte man auf den Zwang verzichten, besonders in der Epoche der Diktatur des Proletariats. ‚Administrieren' und administratives Herangehen an die Dinge sind hier unerläßlich. Die Partei ist die unmittelbar regierende Vorhut des Proletariats, sie ist der Führer." (Werke Bd. 32, Seite 89) „... daß wir als regierende Partei nicht umhin konnten, die ‚Spitzen' der Partei und die ‚Spitzen' der Sowjets miteinander zu verschmelzen." (ebenda, Seite 175 f.)

Nach H.D. Koch war aber gerade das ein „strategischer Vorteil der Gegenrevolution". („Kommunistische Hefte" 10, Seite 22) Die Titoismus-Artikelserie hält es gar für „Gemeingut aller revolutionären Kritik an dieser (der revisionistischen) Entwicklung..., daß diese Entwicklung von Veränderungen in der kommunistischen Partei ausging", und nur „allzu kühne Kritiker" würden dies bestreiten. Nun, ich bin ein solcher „allzu kühner Kritiker", denn ich halte diese Aussage für verkürzt und somit für falsch. Die revisionistische Entartung eines sozialistischen Landes setzt an an den Muttermalen der alten Gesellschaft, die sowohl in der ökonomischen Basis als auch im gesellschaftlichen Überbau noch lange Zeit fortbestehen und erst mit dem Übergang zum Kommunismus vollständig absterben. Solange sie nicht vollständig abgestorben sind, besteht die Gefahr der Restauration, und gerade dieser Umstand macht (neben der Bedrohung von außen) die Diktatur des Proletariats erforderlich, wobei die Partei wichtigstes Instrument dieser Diktatur ist. Daraus folgt, daß die Gefahr der Restauration am größten ist, wenn diese wichtigste Waffe der Klasse, die Partei, stumpf wird oder gar dem Feind in die Hände fällt. Dieser Gefahr muß insbesondere durch die stetige Festigung der Verbindung von Partei und Klasse bzw. Masse entgegengewirkt werden, was allerdings auch etwas mit der Frage der Entwicklung der proletarischen Demokratie zu tun hat. Aber die antileninistische Auffassung von der Partei als Ursache der Entartung steht einer solchen Betrachtungsweise diametral entgegen; diese trotzkistisch-titoistische Theorie macht auch eine fruchtbringende Auswertung der negativen Entwicklung in den ehemals sozialistischen Ländern unmöglich. Diese Theorie führt ideologisch ins Lager der linken Sozialdemokratie („Demokratischer Sozialismus") bzw. des Euro-„Kommunismus". Indem die führende Rolle der KP nicht nur geleugnet, sondern sogar als Ursache der revisionistischen Entartung verleumdet wird, wird **das Wesentliche** an der Diktatur des Proletariats angegriffen, denn Klassen herrschen nun einmal stets mittels Parteien, und die Herrschaft der Arbeiterklasse wird — wie die oben behandelten Begriffe auch — zum leeren Schlagwort, wenn sie von der führenden Rolle der Arbeiterpartei getrennt wird.

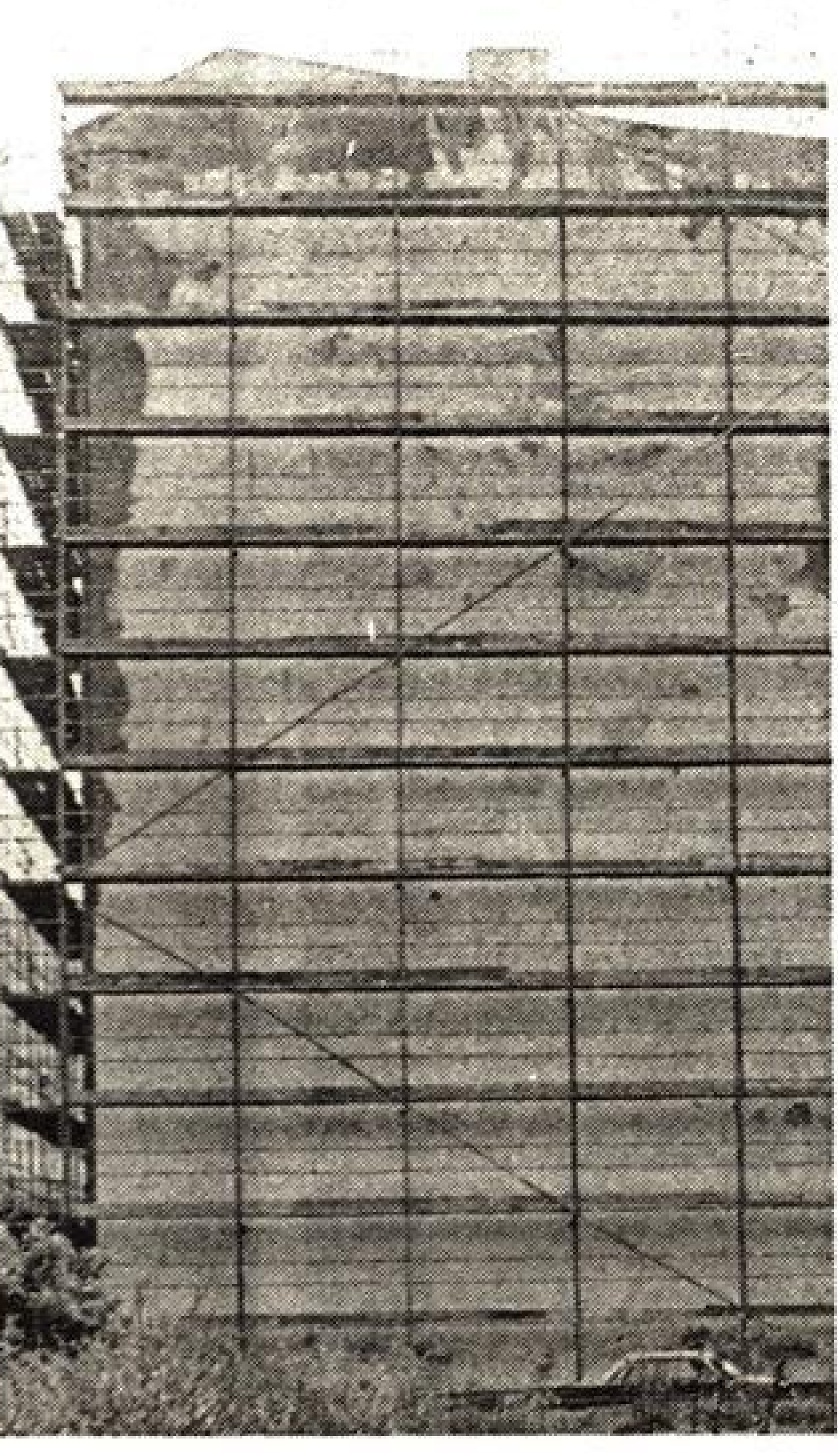
Auch an den Worten „Diktatur des Proletariats" wird vom ZK folglich nur festgehalten, um eine „inhaltliche Debatte zu vermeiden", nämlich eine offene Auseinandersetzung über die Frage, ob der Leninismus revidiert werden soll (wie das ZK es wünscht) oder nicht. (Nebenbei: Deshalb habe ich auch in meinem unter der Überschrift „Zitate" im RM 18 abgedruckten Leserbrief geschrieben, daß der Begriff der Diktatur des Proletariats „**formal** beibehalten, aber seines revolutionären Inhalts völlig beraubt" wird, wobei das Wort „formal" beim Abdruck leider abhandengekommen ist...)

Wenn die Titoismus-Artikelserie irgendetwas beweist, dann nur eines: Daß es **nicht wahr ist**, daß in der Partei alles offen diskutiert werden kann. Denn das ZK **weigert sich faktisch**, auf marxistisch-leninistische Kritiken inhaltlich zu antworten. Es glaubt, seine Kritiker vernichtend zu schlagen, indem es feierlich erklärt, mit den realen Verhältnissen in Jugoslawien nichts am Hut haben zu wollen. Und damit hat sich die Sache. (Jedenfalls für das ZK.)

Rot Front P. aus Heidelberg

Die Saubermänner der CDU





Die beiden Bilder zeigen das KucKuck — das ehemalige westberliner Kunst- und Kulturzentrum Kreuzberg in alter Schönheit und das, was der CDU-Senat aus diesem Haus mit dem bekannten Wandbild gemacht hat. Übertüncht wurde es. Was die „taz" zu Recht einen „Akt bewußter kultureller Barbarei" nannte, ist typisch für die Berliner Wender, die Saubermänner der CDU. Das KucKuck war ein Symbol der Besetzerbewegung — ein weitbekanntes Zentrum, das den besonderen Haß der CDUler auf sich gezogen hat. Seit 1981 war das große Haus besetzt und in der Folgezeit ein Ort, wo sich Initiativen trafen, war eine Pantomimen- und Theaterwerkstatt, war Ausstellungshaus, es gab die KucKuck-Lichtspiele, eine Bibliothek, die eine große Sammlung von Szene-Schrifttum enthielt.

Das KucKuck hatte eine breite öffentliche Unterstützung, kaum ein anderes besetztes Projekt war einer „friedlichen" Lösung so nahe wie dieses. Das Kreuzberger Bezirksamt wollte das KucKuck im Herbst 1983 noch in seinen Flächennutzungsplan aufnehmen, die Kirche wollte Gelder in das Projekt schießen, die Grünen Wahlkampfkostenerstattung beitun, der Berliner Kulturrat war dafür, Udo Lindenberg und Marius Müller-Westernhagen boten Benefizkonzerte für das KucKuck an, das auch in den Plänen für die Sanierungen für die Internationale Bauausstellung (IBA) eine Rolle spielte.

Der Senat arbeitete mit allen Mitteln dagegen. Der Besitzer des Hauses wurde nach langer Suche aufgetrieben, man bot ihm weit mehr Gelder für den Ausbau von Wohnungen an, als die IBA-Planung für ein Kulturzentrum gekostet hätte. Im Sommer 1984 war es so weit, das KucKuck wurde geräumt. Und das große Wandgemälde — weithin gut sichtbar am Gelände um den ehemaligen Anhalter Bahnhof — war den Reaktionären natürlich ein Dorn im Auge. Es zeigt nämlich die Risse in dieser Gesellschaft. Die große bunte, lebendige Erinnerung an die bewegten Zeiten der Besetzerbewegung, die mußte weg. Mit Tünche. Ein altes Mittel der Reaktion, wie es schon B. Brecht gekennzeichnet hat: Ist wo was faul und rieselt's im Gemäuer / Dann ist's nötig, daß man was tut / Denn die Fäulnis wächst ganz ungeheuer. / Wenn das einer sieht, das ist nicht gut. / Da ist Tünche nötig, frische Tünche nötig! / Wenn der Saustall einfällt ist's zu spät! / Gebt uns Tünche, dann sind wir erbötig / Alles so zu machen, daß es noch mal geht. / Da ist schon wieder ein neuer / Häßlicher Fleck am Gemäuer! / Das ist nicht gut (Gar nicht gut.) / Da sind neue Risse! / Lauter Hindernisse! / Da ist's nötig, daß man noch mehr tut! / Wenn's doch endlich aufwärtsginge! / Diese fürchterlichen Sprünge / Sind nicht gut! (Gar nicht gut.) Drum ist Tünche nötig! Viele Tünche nötig! / Wenn der Saustall einfällt, ist's zuspät...

SPENDET!

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir müssen Euch (mal wieder) um Spenden angehen. Die Finanzierung des RM und der gesamten Parteiarbeit ist uns nicht nur aus den Verkaufserlösen und den (immer noch hohen) Beiträgen möglich. Trotz erneuter Einsparungen beim Druck läge auch heute ein kostendeckender Preis für den RM bei weit über 2,— DM. Ein Preis, der sich politisch gar nicht vertreten läßt.

Im Rahmen der Finanzpläne 84 und 85 haben wir beim zentralen Apparat alles eingespart, was uns möglich und ohne wesentlichen Schaden für die Öffentlichkeitsarbeit der Partei machbar erschien. Nach wie vor vorhandene Lücken im Finanzplan 85 können wir aber nicht durch erneute Rationalisierungen schließen. Um über die Runden zu kommen, sind wir auf Euer Engagement und Eure Spendenbereitschaft angewiesen. Also: Wem die Stärkung der KPD und revolutionärer Arbeiterpolitik nach wie vor oder mehr denn je am linken Herzen liegt, den bitten wir um Überweisungen auf: KPD, 4600 Dortmund 30

Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto.-Nr. 321004547 Postgiroamt Dortmund, Kto.-Nr. 6420-467

Spenden für die KPD könnt Ihr von der Lohnsteuer absetzen:

Seit 1984 gelten neue Richtlinien über die Abzugsfähigkeit von Beiträgen und Spenden an politische Parteien. Was ist geändert? 1. Das Finanzamt erstattet euch von euren Beiträgen und Spenden bis zu einer Höhe von 1200,— DM (Ledige) und 2400,— DM (Verheiratete) 50 Prozent beim Lohnsteuerjahresausgleich bzw. bei der Einkommensteuererklärung. Wie gesagt, ihr bekommt 50 Prozent eurer Spenden wieder! 2. Oder mehr. Wenn ihr mehr als 1200,— DM bzw. 2400,— DM gezahlt habt, so könnt ir den Differenzberag zu 1200,— DM bzw. 2400,— DM noch einmal von eurem zu versteuernden Einkommen absetzen. Dies wirkt sich in echtem Geld so aus, daß ihr je nach Höhe eures Einkommens zwischen 10 und 35 Prozent der Spenden bzw. Beiträge vom Finanzamt ersetzt bekommt.

Was alles hinter 'm Dynamo steckt...

Das dtv Brockhaus Lexikon hat offensichtlich unrecht. Seine Definition von Dynamo ist unvollständig. Sie lautet: „ **Dynamo-Maschine, Dynamo**, ein selbsterregter Gleichstrom-Generator, in übertragenem Sinne jeder elektrische Generator, z. B. *Fahrraddynamo*, ein Einphasen-Synchrongenerator mit Dauermagneterregung." Daß diese Beschreibung, was sich hinter dem Wort Dynamo verbirgt, unzureichend ist, bestätigte kürzlich das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt. Und daß sich ein so hohes Gericht damit befassen mußte, hat die folgende Vorgeschichte.

Schon jahrelang kickten in Kassel eine Gruppe Sportler unter dem Namen **„FSC Dynamo Windrad..** Der Name war entstanden, als die Freizeitsportler immer mit ihren Fahrrädern zu den Spielen angeradelt kamen und auch noch bekannt wurde, daß einige von ihnen in einem Fahrradladen werkelten. Im Laufe der Jahre wurde eine richtige Mannschaft aus dem Häuflein des FSC Dynamo Windrad und man beschloß — um die Benutzung eines städtischen Sportplatzes zu sichern — dem Landessportbund Hessen (LSB-H) und dem Hessischen Fußball-Verband beizutreten. Und damit begann der größte Kampf in der Geschichte des Vereins.

Der Hessische Fußball-Verband schrieb den Kikkern: *„... Ihren gewählten Vereinsnamen FSC Dynamo Windrad können wir bei allem Wohlwollen auf keinen Fall anerkennen. Wir müssen den Namen „Dynamo" hier erwähnen, der zu sehr den Gepflogenheiten der Vereine in der DDR bzw. den Ostblockstaaten ähnelt. Gegen den Namen FSC Windrad haben wir nichts einzuwenden..."* Eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Vereins fürchtete jedoch bei einer Namensänderung eine *„Identitätsstörung"* bei Mitgliedern und Anhängern des Vereins und zog vors Gericht. Vor dem Landgericht Frankfurt siegte man zunächst, das Oberlandesgericht in der Berufung jedoch gab dem Landessportbund und dem Landesfußballbund recht: Das OLG entschied, daß „Dynamo" als Name eines Sportvereins *„als Manifestation einer politischen Ausrichtung nach Vorbildern des Ostblocks aufzufassen"* ist.



Während „Quelle Fürth", „Salamander Kornwestheim" der „OSC Thier Dortmund" und die „Bayer"-Sportgiganten vom Rhein weitermachen können, hat man gegen den kleinen Verein aus Kassel große Geschütze aufgefahren. Wohl um die genannten Vereine und die unzähligen „Germanias", „Preußen" und „Alemannias" nicht auch noch einer Konkurrenz durch neue Namen auszusetzen, die ja vielleicht auch Sympathie beim Fußballfan wecken könnten. Der FSC Dynamo Windrad Kassel will aber trotz der großen finanziellen Belastungen, die der Rechtsstreit mit sich bringt, nicht aufgeben. Trotzig wurde verkündet: *„Wir kommen zwar nicht in die Bundesliga, aber dafür vor das Bundesverfassungsgericht."*

Parteibüros der KPD
und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstraß 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstra. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 18.

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westbeck 109 a, Tel.: (0231) 20931.

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel** 1, Kontaktadresse: Karola Firzlaff, Jungmannstr. 68 a.

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382.

7000 **Stuttgard** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo = Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

KPD Saar: 6685 **Schiffweiler**, Kontaktadresse: E. Bittner, Hauptstraße 43.

Sektion Westberlin: 1000 **Berlin** 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474.